

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 34

Sonntag, den 24 August

1913

## August Bebel †

Der größte Führer der deutschen Arbeiterbewegung ist uns durch den Tod entzogen worden. Mit tiefer Trauer steht das internationale Proletariat an seinem Grabe und muß nun ohne seinen bewährten Rat, ohne seine nicht hoch genug zu schätzende Kraft den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Menschheit weiter führen.

Wohl wußten wir, daß die Zeit seines Bleibens unter uns nicht mehr lange währen würde — schwere Schicksalsschläge hatten in den letzten Jahren dem Siebzigjährigen ein gut Teil seiner Lebenskraft geraubt — aber doch überraschte uns sein schnelles Hinscheiden. Nun müssen wir das, was er in unsere Seele pflanzte, aus eigener Entschlußkraft weiter pflegen und es kraftvoll in die Tat umsetzen, damit sich bald erfülle, was er so heiß ersehnte: Der baldige, endgültige Sieg der sozialdemokratischen Ideen, die Ablösung der bürgerlichen durch eine sozialistische Gesellschaft!

Was Bebel der Arbeiterschaft war, das drückte sich aus in der grenzenlosen Verehrung, die ihm auch in den weiten Kreisen der Arbeiter, die nie sein Antlitz gesehen haben, zuteil wurde. Von unerschütterlichem Vertrauen zeugen die großartigen Rundgebungen der Arbeiter aller Länder, die an seinem siebzigsten Geburtstag sein Herz stärkten und erfreuten. Kein Mensch, wer er auch sei, erfreute sich einer solchen Popularität, wie unser August Bebel. Die moderne Entwicklung schuf Arbeiterheere in allen Weltteilen, die an Zahl alles übersteigen, was uns geschichtliche Ueberlieferung gemeldet, und die immer mächtiger anschwellen als unentbehrliche Schöpfungskraft für die Bedürfnisse der Menschheit. In diesen ungezählten Massen wirkte der Name Bebel wie ein Symbol, einer trug ihn dem andern zu, jeder wußte es, daß sein Träger der Bannerträger des Befreiungsgedankens der ganzen darbenenden Menschheit sei.

Dieses weltumspannende Vertrauen wurde freilich errungen durch ein Leben voll Kampf und Arbeit für die Ausgebeuteten und Unterdrückten, gegen die Ausbeuter und Unterdrücker. Als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, die nur auf Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klassen besteht, erklärte Bebel erneut und entschieden auf dem bekannten Dresdener Parteitage 1903, wo die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei einer klarlegenden Diskussion unterzogen wurden. Tiefste Ueberzeugung durchglühte ihn, daß diese Grundsätze die arbeitenden Klassen einst zum Siege führen werden, daß keine Macht der Erde ihnen widerstehen kann, wenn sie geistiges Eigentum der gesamten Arbeiterschaft geworden sind. Ueberwältigend werden sie einst das Ziel erreichen helfen, das unser ihm zustrebender Bebel nicht mit erreichen konnte — sein Tod war die unüberbrückbare und einzige Schranke, die sich zwischen seinem Sehnen und Streben und dessen Erfüllung aufrichtete.

Wie Bebel für die Arbeiterbewegung, die er mit schuf, gekämpft, mit welcher eiserner Energie er, seiner Ueberzeugung getreu, sein Leben allen Widerwärtigkeiten zum Trotz in den Dienst der Arbeitersache gestellt, das spricht trotz aller schlichter Darstellung mit herzerfrischender Deutlichkeit aus seinen Lebensaufzeichnungen, die bis zu einem dritten wertvollen Bande gediehen sind. Wer aber das Glück hatte, an seiner Seite für das gleiche Ziel zu kämpfen, dem steht dieses frische, siegessichere Kämpferleben ewig und vorbildlich vor der Seele. Wem so die wortbildende Ueberzeugung

begeisterungsprühend über die Lippen quoll, wie dem Volksredner Bebel, der mußte sich die Herzen im Sturme erobern und eine treue Anhängerschaft unter das Banner der Partei sammeln, für die er der Rufer im Streit war.

Wie umfassend seine Arbeit für die Arbeiterbewegung war, davon legen außer seiner beinahe 50 Jahre umfassenden parlamentarischen Tätigkeit, — 1867 wurde er zum erstenmal in das deutsche Parlament gewählt — seine zahlreichen Schriften, unter denen das Buch „Die Frau und der Sozialismus“ in mehrere Sprachen übersetzt und weltberühmt wurde, Zeugnis ab. Aber auch seine praktische, agitatorische und organisatorische Tätigkeit für die Arbeiterbewegung kann nicht hoch genug geschätzt werden.

Die Gewerkschaften Deutschlands haben nicht minder Ursache, wie die Partei, Bebel's Tätigkeit für die Gewerkschaften zu seiner Ehre dankbar anzuerkennen. Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war er trotz seiner Inanspruchnahme durch die sozialdemokratische Partei (Eisenacher Programm) agitatorisch tätig für die „Internationalen Gewerkschaften“, wie die von den „Eisenacher“ begründeten Gewerkschaften betitelt waren, wo er gerufen wurde und wo es ihm möglich war. Nicht Ruh' und nicht Rast gönnte sich seine Feuerseele, mit hundert Jungen hätte er reden, überall fördernd helfen mögen, um nur bald, so schnell wie möglich die arbeitende Menschheit von dem Joch, das ihr der Kapitalismus auferlegt, zu befreien.

Schwer fiel es ihm, seine agitatorische Tätigkeit für die Partei einzuschränken, als Krankheit und Alter dies gebieterisch forderten. Oft hörten wir in kritischen Situationen aus seinem Munde heiß durchglühte Worte, daß er nur zu gern selbst dreinschlagen möchte. Der alte Feuergeist lobte er empor, wurde aber leider durch körperliche Schwäche am Dreinschlagen verhindert. Mehrfach freilich durchbrach er allen Warnungen zum Trotz die körperlichen Schranken und dann sprühte die kampfgewohnte Rede wieder frisch und begeisternd aus seinem beredten Munde, der nun für immer geschlossen ist.

Noch lebt aber sein Geist unter uns; unvergänglich feuern uns seine Werke an, voll Mut dem Ziele zuzustreben, wenn uns auch der aus unsern proletarischen Reihen hervorgegangene Führer entzogen wurde. Es wäre nicht nach seinem Sinne, wollten wir seufzen und klagen und zaghaft in die Zukunft schauen. Wir sind von der gleichen Zuversicht auf den unausbleiblichen Sieg unsrer großen Sache erfüllt, wie er; wir fühlen daher die Kraft in uns, in seinem Sinne weiter zu kämpfen und werden durch brüderlich gemeinsames Vorgehen zu ersehen suchen müssen, was uns mit ihm verloren ging.

Vorwärts, Ihr Ausgebeuteten und Unterdrückten! Der dahingeschiedene Führer mahnt uns, unsre Lebenskraft ganz unserem Ziele zu weihen. Mit verdoppeltem Mut und Eifer für die Befreiung des arbeitenden Volkes zu kämpfen, heißt in seinem Sinne handeln. Das erfordert unser Gedenken an ihn. So ehren wir am würdigsten unsern großen Toten.

Das Banner soll stehen,  
Wenn der Mann auch fällt!



# Die Tabakindustrie in dem Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Angesichts dieser Tatsache fragen wir: Ist eine furchtbarere Unlage gegen das herrschende System der Ausbeutung denkbar, als die Unlage der Eltern, die selbst verdammte, ihr Leben in den typischen, elenden Löhnen der Heimarbeit zu fristen, obendrein noch ihr Liebskind, ihre Kinder, oft im zartesten Alter, denselben Löss zuführen müssen, mit blutendem Herzen und der klaren Erkenntnis, daß ein Verbrechen an ihren Kindern begangen wird, so schwer wie selten eines! Nicht sie sind die Schuldigen, sie können nicht anders, sie müssen. Schuldig sind das Ausbeutertum, schuldig der Staat, der hier nicht Einsicht bietet, schuldig die Klassen, die das bestehende System stützen. Hier, in dieser Teilercheinung des kapitalistischen Systems, einer der dunkelsten und grauenvollsten, enthüllt sich die ganze Misere der bürgerlichen Gesellschaft.

Was helfen da alle die Palliativmittel dieser Gesellschaft, jene gänzlich unzulänglichen Gesetze, die unsere herrliche Sozialpolitik ausmachen; was wird durch sie erreicht, wenn Not und Elend immer wieder die Arbeiter-schaft zur Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen zwingen. Der beschäftigte Zweck des Verbots der Mitgabe von Arbeit nach Hause läßt sich bei der mannigfachen Arbeitsgelegenheit in der weitläufigen heimindustriellen Welt selten erreichen, denn das Verbot unterlag zwar die Uebertragung und Ueberweisung von Heimarbeit durch den Arbeitgeber über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus, kam aber die heimindustrielle Beschäftigung durch andere Arbeitsgeber nicht verhindern. Tatsächlich ist wiederholt beobachtet worden, daß Arbeiterinnen, nachdem sie zehn Stunden in Fabriken tätig waren, zu Hause noch Arbeiter für andere Unternehmer verrichteten. Des Heranholens und Ablieferens der Stoffe und Hilfsmittel besorgten Angehörige der Arbeiterinnen. So der Bericht der Gewerbeinspektion Annaberg.

Unter solchen Umständen sind die Aussichten für den Aufstieg der Tabakarbeiter-schaft ungünstig. Not und Elend erzeugen für sie immer aufs neue, in immer verstärktem Maße Not und Elend. Nichts hilft ihnen, wir wiederholen es, das neue Hausarbeitgesetz. Gänzlich unzweckmäßig, macht es auch noch die Heimarbeit für seine Durchführung verantwortlich. Not und Elend zwingen die Ausbeuteten zu seiner Uebertretung, und bestraft wird — etwa der Ausbeuter? Nein, das Opfer, der Ausgebeutete, Ausgeplagte: der Heimarbeiter! „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein...“ Hilfe ist für die Tabakarbeiter nur zu erwarten durch das gänzliche Verbot der Heimarbeit. Wer aber soll dieses Verbot aussprechen? Ein jenes Parlament, daß die Klassenvertretung des Ausbeutertums ist? Niemals darf die Tabakarbeiter-schaft Hilfe von ihren ausbeuterischen Todfeinden erwarten!

Und nicht genug, daß das Ausbeutertum selbst jenes leere, unzulängliche Hausarbeitgesetz bis aufs äußerste bekämpft hat, es schreut auch nicht zurück, sich der Durchführung seiner einfachsten Bestimmungen auf das Schamloste zu widersetzen. Nirgend in Sachsen gingen seitens der Unternehmer die nach § 13, Abs. 1, Ziffer 1, des Hausarbeitgesetzes vorgeschriebenen Verzeichnisse der von ihnen beschäftigten Heimarbeiter regelmäßig und vollständig ein. Aus den Kreishauptmannschaften Bautzen, Leipzig und Zwickau wird darüber Beschwerde geführt. Aus dem Aufsichtsbereich Chemnitz I schreibt der Bericht: „Die Bestimmungen über die Aufzeichnung des Verzeichnisses der Hausarbeiter und Zwischenmeister sowie über die Einreichung von Abschriften des Verzeichnisses an die Polizeibehörden haben große Schwierigkeiten gemacht. Die Mehrzahl der Arbeitgeber kam ihrer Verpflichtung trotz mehrmaliger Bekanntmachung in den Zeitungen erst nach besonderer schriftlicher Aufforderung durch die Polizeibehörde nach.“ Und aus Dresden, wo bekanntlich die Zigarettenheimindustrie einen großen Teil der Heimarbeit umfaßt, gibt der Bericht eine äußerst interessante Bemerkung: „Ein Betrieb wollte das Verzeichnis deshalb nicht führen lassen, weil die Lohnbeträge für geleistete Hausarbeit wegen ihrer Geringfügigkeit kaum als Verdiensten anzusehen, sondern nur als Taschengeld zu betrachten seien, und ein Teil der zu Hause arbeitenden Frauen lieber auf die Nebeneinnahme verzichten, als ihren Namen bekanntgeben würde.“ Besonders der letzte Satz gibt stark zu der Vermutung Anlaß, daß es sich hier um Heimarbeit von Frauen sogenannter „besserer Kreise“, Frauen und Töchter von Beamten usw. handelt, die sich ein Taschengeld verdienen, um es in Putz und sonstigen Vergnügungen anzulegen, und dabei die schmachvolle Rolle der Lohnbrüderinnen spielen. Und wie entsetzlich niedrig müssen die Löhne dieses Betriebes sein, wenn sich selbst der Unternehmer schämt, der Behörde darüber ein Verzeichnis einzuliefern. Die Behörde hat auf der Einreichung des Verzeichnisses bestanden.

Uebersteht man alles, was der Bericht über die Heimarbeit gibt, so erhält man eine Ahnung, welches Grauen hinter dem Vorhang lauern muß, den er nur am Saume etwas gehoben hat. Unbedingt muß verlangt werden, daß dieser Vorhang gänzlich hinweggerissen wird, daß das Elend der Heimarbeit nackt und unverschleiert vor aller Welt dargelegt werde. Und besonders die Heimarbeiter in der Tabakindustrie haben alle Ursache, ihre Anlagen gegen jenes furchtbare, verbrecherische System der Ausbeutung durch Heimarbeit der bürgerlichen Gesellschaft ins Gesicht zu schreiben. Unbedingt muß daran festgehalten werden: nur durch das gänzliche Verbot der Heimarbeit ist Hilfe für die Tabakarbeiter möglich. Das ist die Forderung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband im Interesse der Tabakarbeiter vertritt.

Aber auch in der Fabrikindustrie zeigt sich ein ähnliches Bild: ichaulose Ausbeutung unter Mißachtung der gesetzlichen Schutzbestimmungen. In 25 Anlagen zur Herstellung von Zigarren wurden 177 Verstöße gegen die

Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen festgestellt. 22mal fehlten die vorgeschriebenen Ausschänge, 135mal wurde die vorgeschriebene Mittagspause nicht eingehalten, 1mal wurde die zulässige Maximalarbeitszeit im allgemeinen, und 19mal an Sonnabenden überschritten. In 52 Anlagen kamen 113 Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Arbeiter zur Kenntnis der Aufsichtsbehörde. 5mal fehlten die Arbeitsbücher, 47mal die Ausschänge, 4mal wurden die gesetzlichen Pausen nicht eingehalten, und 28mal wurden verbotswidrig Kinder beschäftigt. Insgesamt wurden also 290 Verstöße gegen die Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche festgestellt, gegen 126 im Jahre 1911. Wegen aller dieser Verstöße wurden im ganzen — 2 Personen bestraft. Verstöße gegen den Kinderschutz fanden auch in der Tabakindustrie statt; wie schon erwähnt, wurden 26 festgestellt. Zwei besonders bemerkenswerte Fälle werden aus Chemnitz berichtet. Ein Fabrikant beschäftigte dort widerrechtlich Kinder, da die Ortspolizeibehörde den Kindern unrechtmäßig Arbeitskarten ausgestellt hatte. Es wäre wohl zu wünschen, daß sich die betreffende Behörde die in Betracht kommenden Gesetze einmal genau ansähe. Das fehlte noch, daß die mit der Durchführung der Gesetze beauftragten Organe infolge ihrer Unkenntnis der Gesetze den ausbeuterischen Interessen Vorschub leisteten! Ein anderer Fabrikant glaubte das Verbot der Kinderbeschäftigung dadurch umgehen zu können, daß er seinem Sohne zwei Arbeitsräume überließ, und ihm, wie den Hausarbeitern, Stillsolohn gewährte. Die Kinderbeschäftigung wurde ihm jedoch verboten. Beide Ausbeuter wurden auch angeklagt, aber vom Gericht freigesprochen.

Auch die vom Bundesrat zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter erlassenen Sondervorschriften wurden häufig nicht beachtet. In Bautzen wurden in 23 Anlagen zur Herstellung von Zigarren Verstöße gegen diese Vorschriften festgestellt, in Zwickau in 22 Anlagen, in Chemnitz in 113 Anlagen, in Leipzig in 64 Anlagen. Für Dresden waren aus den allgemeinen Zahlen keine speziellen, für einzelne Gewerbebezirke, ausgedrückt. Bei den Verstößen handelte es sich hauptsächlich um die Vorschriften über die Erneuerung des Wand- und Deckenputzes der Arbeitsräume, Abdichtung ihrer Fußböden, Aufstellung von Spindknäpfen und Beschaffung von Wascheinrichtungen sowie Verbesserung der Abortanlagen.

Von den Bundesratsbestimmungen betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Aufertigung von Zigarren bestimmten Anlagen wurden insgesamt 10 Ausnahmen gewährt.

Das ist alles, was der Bericht über die Tabakindustrie in Sachsen enthält. Wenig genug, aber doch immer genug, um erkennen zu lassen, einmal, wie elend die Lage der Tabakarbeiter ist, und dann, wie so gänzlich unzureichend unsere amtliche Sozialpolitik ist. Möge die Tabakarbeiter-schaft daraus erkennen, daß die bürgerliche Gesellschaft wohl Mittel hat zu wünschenswerten Rüstungen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht, nicht aber zum Schutze der Arbeiter. Die bürgerliche Gesellschaft, das ist das Ausbeutertum, das den Arbeiter und seine Angehörigen täglich, stündlich an Leib und Leben schädigt. Gegen diesen seinen Todfeind hilft nur ein Mittel: Zusammenschluß aller in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, und dann Kampf. Nur durch Kampf wird der endliche Sieg erreichbar!

## Rundschau.

**Gefängnisarbeit.** Seit vierzig Jahren verlangt die Sozialdemokratie, daß die Gefängnisarbeit als Schmutzkonkurrenz gegen Handwerker und Arbeiter aufhören und durch Arbeiten für Gemeinde- und Staatsbetriebe mit angemessenen Löhnen ersetzt werde. Ihre dahin gehenden Anträge — der Arbeiterschutzgesetzentwurf von 1877 und alle folgenden Arbeiterschutzgesetzentwürfe enthalten dahingehende Forderungen, desgleichen ein zum Zolltarifgesetz gestellter Antrag — wurden abgelehnt. Die Handwerker wurden vertrieben und ließen sich weiter gegen die Sozialdemokratie hegen. Versprochen wurde ihnen freilich alles mögliche. Die Erregung darüber, daß Versprechen und halten zweierlei ist, hat die Handwerker jetzt in gerechtfertigte Erregung versetzt. Sie wollen auf dem deutschen Innungs- und Handwerkertag, der Ende August in Braunschweig tagen soll, abermals ihrem Unmut Luft machen.

Tatsächlich wird die Arbeitskraft der Strafgefangenen zu Schundlöhnen verdungen. Die Strafgefangenen werden mit Arbeiten aller Art, wie Aufertigung von Möbeln zu Wohn- und Gastwirtschaften, Strümpfen, Beutchen, Patentverschlüssen von Gläsern, Lütenkleben, Spielsachen aus Blech, Mattenflechten, Sortieren von Federn zum Damenputz, besonders aber auch mit der Aufertigung von Zigarren beschäftigt.

Den Strafgefangenen wird eine kleine Vergütung für die vorgeschriebene geleistete Arbeitsmenge überwiesen. Wie hoch stellt sich nun aber diese Vergütung, wird der Leser neugierig fragen? Ein mit der Aufertigung von Lüten beschäftigter Gefangener erhält für die vorgeschriebene Arbeitsleistung, etwa 1300 bzw. 1600 Lüten, 12 S. Für das Flechten von 60 Meter Rohr zu Matten erhält er 10 S. und für die Aufertigung von 6000 Reißnägeln den Betrag von 15 S. Für die Aufertigung von 20 000 Briefumschlägen, die von drei Gefangenen mit Maschinen ausgeführt werden, werden 75 S. gezahlt. Für das Legen von 40 Duzend Paar Strümpfen werden 6 S. vergütet. Die in den Waschanstalten tätigen Gefangenen erhalten eine tägliche Vergütung von 20 S. Und die für Aufertigung von Zigarren an die Anstaltsverwaltung gezahlten Löhne spotten ebenfalls jeder angemessenen Entschädigung. Die Schmutzkonkurrenz wird durch sie gefördert. Dieses traurige System schädigt am meisten die freien Arbeiter, aber auch die jetzt dagegen eifernden Handwerker.

Die Handwerker sollten mit dahin wirken, daß die alte sozialdemokratische Forderung Wirklichkeit wird. Sie sollen auf Zahlung angemessener Löhne dringen, dann wären sie die Schmutzkonkurrenz bald los.

**Kinderarbeit.** Im Jahre 1903 verlangte der Reichstag Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern in landwirtschaftlichen Betrieben. Diese Erhebungen sind seit 1906 abgeschlossen, bis heute aber noch nicht veröffentlicht. Wann endlich wird die Regierung die Ergebnisse der Enquete veröffentlichen, damit der menschenverwüstenden Kinderarbeit reichsgesetzlich entgegengetreten wird? Ist die Wahrheit, die aus den Ergebnissen der Enquete leicht entnommen werden könnte, zu entsetzlich?

In Oesterreich ist jetzt von dem Berichte über die in dem Jahre 1908 vorgenommene Erhebung über die Erwerbsarbeit von Schulkindern der dritte, abschließende Band erschienen. Da inzwischen keine gesetzliche Beschränkung dieser Arbeit erfolgt ist, ist das Material, das die Berichte vieler hundert Schulen über 148 368 arbeitende Schul- und selbst noch jüngere Kinder in allen Teilen des Reiches bietet, noch heute als zutreffend zu crachten. „Das proletarische Kinderelend spricht aus jeder Seite des umfangreichen Werkes“, sagt dazu die „Arbeiterzeitung“, „um so erschütternder, je geringer leider die Aussicht ist, in der nächsten Zeit eine namhafte Verbesserung durchzuführen.“

Bei uns ist das Kinderelend nicht geringer, aber die gewissenlosen Ausbeuter der Kinderarbeit dürfen ruhig den Kindermord weiter betreiben, eilig hat es unsere Regierung nicht, dem Unheil zu steuern.

**Nationalliberale Wirtschaftspolitik.** Aus den Kreisen der nationalliberalen Reichstagsfraktion wird der „Nationalliberalen Korrespondenz“ geschrieben:

„Der Ablauf der bestehenden Handelsverträge emittiert seine Schatten voraus. Die erste Frage, welche sich aufwirft, ist die, ob ein neuer Zolltarif seitens der Verbündeten Regierungen vorgelegt werden wird. Diese Frage ist zu verneinen. Nach allem, was bisher seitens der Regierung verlautet ist, wird man sich darauf beschränken, eine Novelle zum bestehenden Zolltarif vorzulegen, welche einzelne Abänderungen, die sich als notwendig erwiesen haben, vorschlügt, aber an den bewährten Grundlagens unseres Wirtschaftssystems nicht rüttelt und sich tunkstliche Beschränkung auferlegt. Die Kämpfe um den letzten Zolltarif, die in den Dezembermonaten des Jahres 1902 ausklangen, stehen noch in frischer Erinnerung. Ein Versuch, dieselben zu erneuern, liegt uns so wenig vor, als mit den Ergebnissen dieser in der Vera-Bälou inaugurierten und befestigten Wirtschaftspolitik Landwirtschaft und Industrie wohl zufrieden sein konnten und auch waren. Es ist damals vor allem auch gelungen, der Landwirtschaft bessere Produktionsbedingungen zu schaffen. Für diese Wirtschaftspolitik tritt die nationalliberale Partei geschlossen ein. Darüber kann nach den einstimmigen Entschlüssen ihrer Parteitage und ihres Zentralvorstandes und nach den wiederholten Erklärungen, welche von dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Bassermann, und von anderen im Reichstag und Landtag abgegeben worden sind, nicht der geringste Zweifel obwalten.“

Dieses Bekenntnis zu. Wucherzollpolitik kann nicht überleben, auch nicht der Wunsch, den Reichstag keine Neuaufgabe der Zolltarifikämpfe erleben zu lassen. Um Zolltarifikämpfe kommt man aber trotzdem nicht herum, denn wenn auch nur eine Novelle zum Zolltarifgesetz eingebracht wird, dann hindert das keine Partei, Anträge einzubringen, die eine Erweiterung und Ergänzung dieser Novelle bezwecken. Einer gründlichen Stämpfung werden die Zollwucherer sicher nicht entgehen.

**Russische Zollmaßnahmen gegen deutsche Getreide-einfuhr.** Der russische Landwirtschaftsminister Krivoschein brachte im Ministerrat eine Vorlage zur Beschränkung der Getreideeinfuhr aus Deutschland ein. Der Minister erklärte, Russlands Getreideexport falle in jedem Jahre mehr, wogegen die Einfuhr in diesem Jahre weniger begriffen sei. Falls nicht schleunigst dagegen Maßregeln ergriffen würden, wäre Rußland nicht mehr imstande, die Getreidepreise im Innern des Landes zu regulieren und würde in volle Abhängigkeit von Deutschland kommen. Krivoschein beantragte die sofortige Einfuhr eines höheren Zolles auf deutsches Getreide.

Deutschland produziert keineswegs überflüssiges Getreide; im Gegenteil, es hängt mit seinem Getreidebedarf sehr vom Getreideimport ab. Wenn Rußland gleichwohl Zollrepressalien gegen zu hohe deutsche Getreideeinfuhr androht, so ist das eine Folge der famosen Einfuhr-Liebesgabe, die das deutsche Getreide dem einheimischen Markt entzieht und nach Rußland treibt, dafür aber den Agrariern die Millionen der Einfuhr-schuld, daß es erst ausländischer Repressalien bedarf, um der Protektionswirtschaft im Reiche auf den Leib zu rücken.

**Die Hinterbliebenenversicherung, ein lukratives Geschäft für die Versicherungsanstalten.** Immer klarer tritt zutage, wie sehr die Versicherten in Deutschland durch die Hinterbliebenenversicherung der neuen Reichsversicherungsgesetzgebung gelemnt wurden. Geradezu aufreizend sind die Ziffern der Landesversicherungsanstalt Schlesien für den Monat Mai des laufenden Jahres. Danach wurden für die Hinterbliebenen der ganzen Provinz ausbezahlt an Witwenrente 3015 M., an Waisenrente 22 805 M., an Witwengehalt 6443 M., an Witwenrentenrente 18 M., an Waisenaussteuer 104 M., alles in allem 32 385 M. Ueberträgt man diese kolossale Leistung auf alle zwölf Monate des Jahres, so ergibt sich eine Gesamtausgabe von kaum 400 000 M. Demgegenüber-muß aber herangezogen werden, daß den Hinterbliebenen die Beiträge verstorbenen, die im Jahre 1911 noch 882 000 M. betrugen, nicht mehr zurückgezahlt wurden. Und zum Schluß muß berücksichtigt werden, daß der Etat der Landesversicherungsanstalt mit einer Steigerung infolge der Erhöhung der Beiträge rechnet, die 8 Millionen Mark ausmacht, nämlich 23 Millionen Mark, statt bisher 15 Millionen. Was haben also die Arbeiter in Schlesien von der neuen Hinterbliebenenversicherung?

Sie zahlen mehr 8 000 000 M.  
Sie erhalten weniger 882 000 M.  
Sie erhalten mehr rund 400 000 M.

Fast 9 Millionen Mark Verlust und noch keine halbe Million Gewinn! Das mehrgezählte Geld sammelt sich in den Kassen der Versicherungsgesellschaften an und befriedigt das Anleihebedürfnis der Agrarier, der Industriellen und des Staates. Aus den Taschen der Arbeiter genommen dient es den Interessen seiner Gegner.



## Statut

### Deutscher Tabak-Arbeiter-Verbandes (Stg. Bremen).

#### Name und Zweck des Verbandes.

##### § 1.

Der Verband führt den Namen „Deutscher Tabak-Arbeiter-Verband“ und bezweckt die Hebung der materiellen und intellektuellen Lage seiner Mitglieder.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen;
2. Arbeitsvermittlung;
3. Lieferung des Verbandesorgans „Der Tabak-Arbeiter“;
4. Gewährung von Rechtsschutz in Streitigkeiten, welche aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis und der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung erwachsen;
5. Gewährung von Unterstützung an streikende, ausgefallene und gemahregelte Mitglieder;
6. Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an arbeitslose und erwerbsunfähige (ranke) Mitglieder und beim Ortswechsel der Mitglieder und
7. Gewährung von Sterbeunterstützung beim Ableben eines Mitgliedes an die Hinterbliebenen.

##### Beitritt.

##### § 2.

Nur Mitgliedschaft sind alle in der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen berechtigt, soweit sie das Statut und alle die aus demselben sich ergebenden Bestimmungen für sich als verbindlich anerkennen.

Die Beitrittsurkunde ist bei den Bevollmächtigten einer Zahlstelle resp. bei dem Verbandsvorstande einzureichen. Ueber die Aufnahme entscheidet der Verbandsvorstand.

Das Eintrittsgeld beträgt 50  $\text{M}$ . Mitglieder aus Jugendorganisationen und anderen deutschen Gewerkschaften, sowie Mitglieder ausländischer Tabak-Arbeiter-Organisationen, die dem internationalen Tabak-Arbeiter-Sekretariat angehören, zahlen kein Eintrittsgeld.

Solchen Mitgliedern, die aus Jugendorganisationen oder aus anderen deutschen Gewerkschaften zum Deutschen Tabak-Arbeiterverbande übertreten, werden die bisher in ununterbrochener Mitgliedschaft gezahlten Beiträge und den Mitgliedern, die aus ausländischen Tabak-Arbeiterorganisationen zum Deutschen Tabak-Arbeiterverband übertreten, die zurückgelegte Mitgliedschaft angerechnet.

Der Beitritt wird vollzogen durch Einbüchung eines Mitgliedsbuches. Das Mitgliedsbuch bleibt jedoch Eigentum des Verbandes und ist auf Verlangen den zuständigen Verbandsvorständen auszubücheln.

Der Beitritt kann verweigert werden, wenn gegen den zum Beitritt sich Meldenden die begründete Annahme zu machen ist, daß dieser die Mitgliedschaft gegen die Interessen des Verbandes mißbraucht bzw. durch sein Verhalten die Interessen und das Ansehen des Verbandes schädigen wird.

##### Beitragsleistung.

##### § 3.

Der Beitrag ist am Schlusse einer jeden Woche fällig und beträgt pro Woche 30 in der ersten, 45  $\text{M}$  in der zweiten und 60  $\text{M}$  in der dritten Beitragsklasse.

Mitglieder, welche in der Regel bis 12  $\text{M}$  pro Woche verdienen, zahlen den Beitrag der ersten, Mitglieder, welche in der Regel über 12  $\text{M}$  bis 18  $\text{M}$  pro Woche verdienen, zahlen den Beitrag der zweiten und Mitglieder, welche in der Regel über 18  $\text{M}$  pro Woche verdienen, zahlen den Beitrag der dritten Beitragsklasse.

Alle Mitglieder des Verbandes sind der für sie geltenden Beitragsklasse zuzurechnen.

Von den geleisteten Verbandsbeiträgen verbleiben 6  $\text{M}$  der Lokalkasse.

Die erfolgte Beitragszahlung wird durch Auslieferung einer Beitragsmarke seitens eines zum Empfang berechtigten Mitgliedes bestätigt. Die Beitragsmarke ist in das für die betreffende Woche bestimmte Marktenfeld des Mitgliedsbuches einzufügen und abzustempeln. Die eingefüllte Beitragsmarke gilt als Beweis der erfolgten Beitragszahlung.

Die Beiträge sind auch zu entrichten in den Fällen, wo Mitglieder in einer Woche nicht voll beschäftigt und in Fällen, wo Mitglieder in einer Woche nicht für volle sechs Tage Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Die Beitragspflicht ruht für die Mitglieder, sofern sie arbeitslos oder arbeitsunfähig geworden sind und während dieser Zeit keine Unterstützung vom Verbande beziehen. Auch ruht die Beitragspflicht für die Mitglieder, welche sich in Gefängnis, bezw. Untersuchungs- oder im aktiven Militärdienst befinden. Eine freiwillige Weiterzahlung der Beiträge in vorstehenden Fällen ist gestattet.

Mitgliedern, welche durch Unglücksfälle in Not geraten, kann der Beitrag auf ihren schriftlichen Antrag bis 13 Wochen gestundet werden. Ein solcher Antrag ist dem Bevollmächtigten am Orte einzuhandeln, welcher denselben nebst einem gründlichen objektiven Bericht an den Verbandsvorstand einzuliefern hat. Der Verbandsvorstand entscheidet, ob diesem Antrage Folge gegeben werden soll.

Die Zahlstellen und Sektionen haben das Recht, für lokale Verbandszwecke, sowie zur Unterstützung in Not geratener Mitglieder und zur Unterstützung wirtschaftlicher Kämpfe obligatorische Sozialbeiträge zu erheben. Der Beschluß über die Höhe solcher Sozialbeiträge ist durch eine Abstimmung herbeizuführen und müssen zwei Drittel der an dieser Abstimmung teilnehmenden Mitglieder dafür sein.

Der Verbandsvorstand ist mit Zustimmung des Ausschusses ermächtigt, bei größeren Streiks, Aussperrungen oder sonstigen besonderen Vorkommnissen Extrabeiträge zu erheben.

##### Mitgliedschaft.

##### § 4.

Für jedes abreisende oder zum aktiven Militärdienst einberufene Mitglied besteht die Pflicht, vor der Abreise bezw. Einberufung dem Bevollmächtigten dies anzuzeigen, und jedes wandernde und vom aktiven Militärdienst entlassene Mitglied hat die Pflicht, binnen einer Woche sich anzumelden. Letzteres gilt auch für Mitglieder, die aus der Untersuchungs- resp. Gefängnishaft entlassen werden.

Ins Ausland reisende Mitglieder haben dies bei ihrer Abreise bei der zuständigen Zahlstelle, wo sie zuletzt ihre Beiträge entrichteten oder die letzte Arbeitslosenunterstützung erhielten, zu melden und durch den Bevollmächtigten im Mitgliedsbuch vermerken zu lassen.

Mitglieder, welche ihrer An- und Abmeldepflicht nicht genügen, verlieren ihr Anrecht auf Unterstützung bis zu dem Tage, an dem sie dieser Pflicht nachkommen.

##### Verbandsorgan.

##### § 5.

Der Verband liefert den Mitgliedern allwöchentlich das Verbandsorgan „Der Tabak-Arbeiter“.

In solchen Fällen, wo Mann und Frau oder mehrere Familienangehörigen Mitglied des Verbandes sind, liefert der Verband nur ein Exemplar des Organs.

Mitglieder, welche im Laufe eines Monats ausreisen oder sich haben aufnehmen lassen, haben nur dann ein Anrecht auf das Verbandsorgan, wenn zurzeit überflüssige Exemplare vorhanden sind. Das gleiche gilt von den durchreisenden Mitgliedern.

##### Rechtsschutz.

##### § 6.

Der Verbandsvorstand ist berechtigt, einem Mitgliede, welches dem Verbande ununterbrochen 26 Wochen angehört und mindestens 26 Beiträge entrichtet hat, Rechtsschutz in Streitigkeiten nach § 1 Ziffer 4 zu gewähren. (Siehe § 12, Abs. 2.) Diesbezügliche Anträge sind beim Bevollmächtigten einzureichen und durch diesen mit einer objektiven Schilderung des Sachverhalts dem Verbandsvorstand zu übermitteln. Wo Vertreter des Verbandsvorstandes nicht bestehen, sind solche Anträge mit Klarlegung des Sachverhalts durch das Mitglied an den Verbandsvorstand selbst zu richten.

##### Streik- und Aussperrungenunterstützung.

##### § 7.

Streikende oder ausgesperrte Mitglieder, welche dem Verbande mindestens 26 Wochen ununterbrochen angehören, erhalten eine vom Verbandsvorstand festzusetzende Unterstützung. (Siehe § 12, Abs. 2.) Diese Unterstützung wird in Höhe des in den letzten vier Wochen durchschnittlich erzielten Verdienstes gezahlt mit der Maßgabe, daß die Unterstützung im Höchstfalle beträgt:

In der 1. Kl. 1,50  $\text{M}$  pro Tag = 9, —  $\text{M}$  pro Woche,  
in der 2. Kl. 1,80  $\text{M}$  pro Tag = 10,80  $\text{M}$  pro Woche,  
in der 3. Kl. 2,25  $\text{M}$  pro Tag = 13,50  $\text{M}$  pro Woche.

Außerdem erhalten streikende oder ausgesperrte Mitglieder für Kinder unter 14 Jahren, zu deren Ernährung sie verpflichtet sind, noch eine Unterstützung von 75  $\text{P}$  pro Kind und Woche.

Bei Streiks und Aussperrungen, die innerhalb 3 Tagen ihre Erledigung finden, darf Streik- oder Aussperrungenunterstützung nicht gezahlt werden.

##### Gemahregeltenunterstützung.

##### § 8.

Gemahregelte Mitglieder erhalten ohne Beachtung der Dauer der Mitgliedschaft eine vom Verbandsvorstand und nach den in § 7 dieses Statuts aufgestellten Grundsätzen festzusetzende Unterstützung. (Siehe § 12, Abs. 2.)

##### Erwerbslosenunterstützung.

##### § 9.

Mitglieder, die ohne eigenes Verschulden aus der Arbeit entlassen oder erwerbsunfähig (krank) werden, und Mitglieder, die den Ort wechseln (siehe § 9b), erhalten eine vom Verbandsvorstand zu gewährenden Erwerbslosenunterstützung. (Siehe § 12, Abs. 2.) Diese Unterstützung darf in 75 aufeinander folgenden Wochen im Höchstfalle nur betragen:

|           |                        | in Beitragsklasse:     |                        |     |
|-----------|------------------------|------------------------|------------------------|-----|
|           |                        | I                      | II                     | III |
| von       | bis                    |                        |                        |     |
| 50 Wochen | bis 14,40 $\text{M}$ . | bis 21,00 $\text{M}$ . | bis 28,80 $\text{M}$ . |     |
| 104       | 19,20                  | 28,80                  | 33,40                  |     |
| 156       | 24, —                  | 36, —                  | 48, —                  |     |
| 208       | 28,80                  | 43,20                  | 57,60                  |     |
| 260       | 33,60                  | 50,40                  | 67,20                  |     |
| 312       | 38,40                  | 57,60                  | 76,80                  |     |

Die Erwerbslosenunterstützung (Arbeitslosen-, Fahrge- und Krankenunterstützung) kann an ein Mitglied innerhalb einer 75wöchigen Unterstützungsperiode aufkommen nur bis zu den für die einzelnen Beitragsklassen festgesetzten Unterstützungssummen gewährt werden.

An Mitglieder, die Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, kann nach Ablauf der zugewiesenen 75wöchigen Unterstützungsperiode erst wieder Erwerbslosenunterstützung gewährt werden, wenn sie vom Beginn des letzten Unterstützungsjahres an gerechnet mindestens 75 Wochenbeiträge auf neue geleistet haben.

Die 75wöchige Unterstützungsperiode beginnt immer für ein Mitglied an dem Tage, für welchen die erste Unterstützung gezahlt wird.

Mitglieder, welche während ihrer Mitgliedschaft angesichts ihres Verdienstes zu einer höheren Beitragsklasse übertreten müssen, haben erst Anspruch auf die höheren Unterstützungssummen, nachdem sie mindestens 52 Beiträge zur neuen Beitragsklasse geleistet haben, und Mitglieder dagegen, die zu einer niedrigeren Beitragsklasse übertreten, haben nur Anspruch auf die Unterstützungssummen derjenigen Beitragsklasse, zu der sie übertreten sind.

Allen Unterstützungsempfängern sind die fälligen Beiträge in Abzug zu bringen.

##### § 9a.

Die Erwerbslosenunterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit wird vom 7. Wochentage an gezahlt und beträgt bei Mitgliedern

in der 1. Beitragsklasse 0,80  $\text{M}$  pro Tag = 4,80  $\text{M}$  pro Woche,  
in der 2. Beitragsklasse 1,20  $\text{M}$  pro Tag = 7,20  $\text{M}$  pro Woche,  
in der 3. Beitragsklasse 1,60  $\text{M}$  pro Tag = 9,60  $\text{M}$  pro Woche.

Außer solchen Mitgliedern, die ohne eigenes Verschulden aus der Arbeit entlassen werden, erhalten auch Mitglieder die Unterstützung, die mit Zustimmung der Bevollmächtigten aus einem triftigen Grunde die Arbeitsstelle aufgeben. Ebenso erhalten auch diejenigen Mitglieder diese Unterstützung, die auf Anordnung des Arbeitgebers oder aus anderen Ursachen (z. B. Feuersbrunst oder anderen Naturereignissen) die Arbeit an einem oder mehreren aufeinanderfolgenden Wochentagen aussetzen müssen.

Von dem Eintritt der Arbeitslosigkeit hat das Mitglied unter Angabe der Wohnung dem ersten Bevollmächtigten oder, sofern das Mitglied keine Beiträge an den Verbandsvorstand entrichtet, diesem sofort Mitteilung zu machen.

Mitglieder, die im unmittelbaren Anschluß an eine Kranken-, Streik- oder Mahnregelungsperiode keine Arbeitsstelle erhalten können, erhalten — ausschließlich solcher im § 9c. Abs. 6 bezeichneten Mitglieder, die überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung erhalten — die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Wochentage der eingetretenen Arbeitslosigkeit an gewährt.

Liegt zwischen zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als 14 Tagen, so wird die Unterstützung vom ersten Tage der erneut eintretenden Arbeitslosigkeit an gezahlt.

Die Arbeitslosenunterstützung darf für mehr als für sechs Tage auf einmal nicht gezahlt werden.

Für Tage, an welchen die Unterstützungsempfänger aus irgendwelchen in Arbeit treten, sei es im eigenen oder in einem anderen Berufe, wird keine Unterstützung gezahlt. Ebenso erhalten auch solche Mitglieder keine Unterstützung, die aus einer erwerbsmäßigen Nebenbeschäftigung einen Verdienst in Höhe der Arbeitslosenunterstützung haben.

Auf Anordnung des Bevollmächtigten haben die Mitglieder, die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit beziehen, die Pflicht, sich zu bestimmten Tageszeiten zur Kontrolle zu melden.

Arbeitslose Mitglieder, die sich auf Wanderschaft begeben, erhalten eine von dem Bevollmächtigten oder vom dem Ver-

bandsvorstande auszustellende Wanderkarte. Die Wanderkarte darf jedoch nur dann ausgestellt werden, wenn die Beiträge bis zur Abreise voll (ohne Nach) entrichtet sind.

An wandernde Mitglieder darf die Unterstützung für mehr als für drei Tage auf einmal nicht gezahlt werden.

Wandernde Mitglieder sind verpflichtet, sich beim Eintreffen in einer Zahlstelle bei dem ersten Bevollmächtigten sofort zu melden.

Mitglieder, die Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit beziehen, sind verpflichtet, die Arbeitsstelle, die von dem Bevollmächtigten am Orte oder im Lohngebiet nachgemeldet wird, anzunehmen, widrigenfalls ihnen das Anrecht auf die gewährte Unterstützung entzogen wird.

An Mitglieder, welche ein selbständiges Gewerbe betreiben, und an Mitglieder, die für ganzlich invalide erklärt sind und daher einer gewerbsmäßigen Beschäftigung nicht mehr nachgehen, sowie an solche weibliche Mitglieder, die zeitweilig oder andauernd die gewerbsmäßige Arbeit ausüben und nur ihre häuslichen Arbeiten verrichten, darf keine Unterstützung gezahlt werden.

##### § 9b.

Alle aus der Arbeit entlassenen Mitglieder, sowie Mitglieder, die mit Zustimmung der Bevollmächtigten die innehabende Arbeitsstelle verlassen, erhalten, wenn ihnen an einem anderen Orte Arbeit nachgemeldet wird oder sie sich solche an einem anderen Orte durch eigene Bemühungen, unter vorheriger Verständigung mit den Bevollmächtigten dieses Ortes oder dem Hausleiter verschaffen und die Entfernung bis zum neuen Arbeitsorte mindestens 25 Kilometer beträgt, Fahrge- und Krankengeld (Eisenbahn) gewährt, sofern sie dem Verbande mindestens 52 Wochen ununterbrochen angehören und 52 Beiträge geleistet haben. Erhalten abreisende Mitglieder das Fahrge- und Krankengeld, so haben sie keinen Anspruch auf das Fahrge- und Krankengeld aus der Verbandskasse.

Mitglieder, welche ihre Arbeitsstelle freiwillig und ohne Zustimmung der Bevollmächtigten verlassen, erhalten keine Fahrge- und Krankengeldunterstützung.

##### § 9c.

Die Erwerbslosenunterstützung im Falle der Krankheit wird vom 7. Wochentage an gezahlt und beträgt bei Mitgliedern: in der 1. Beitragsklasse 0,40  $\text{M}$  pro Tag = 2,40  $\text{M}$  pro Woche, in der 2. Beitragsklasse 0,60  $\text{M}$  pro Tag = 3,60  $\text{M}$  pro Woche, in der 3. Beitragsklasse 0,80  $\text{M}$  pro Tag = 4,80  $\text{M}$  pro Woche.

Mitglieder, die auf Unterstützung antragen, haben unter Vorlegung eines Krankheitszeugnisses dem Bevollmächtigten ihres Wohnortes innerhalb 24 Stunden oder, sofern ihre Beiträge beim Verbandsvorstande entrichtet, diesem sofort Mitteilung zu machen oder machen zu lassen.

Mitglieder, die innerhalb oder im unmittelbaren Anschluß an eine Arbeitslosen-, Streik- oder Mahnregelungsperiode erwerbsunfähig (krank) werden, erhalten die Krankenunterstützung vom ersten Wochentage der eingetretenen Krankheit an gerechnet. Liegt zwischen zwei Krankheiten eines Mitgliedes nur ein Zeitraum von 14 Tagen, so wird die Unterstützung vom ersten Tage der erneut eintretenden Krankheit gezahlt.

Die Wöchnerinnen gelten als kranke Mitglieder und erhalten nach einer 52wöchigen Beitragsleistung bis sechs Wochen und nach einer 104wöchigen Beitragsleistung bis acht Wochen Krankenunterstützung, sofern sie solange der Arbeit fernbleiben.

An solche Mitglieder, die zeitweilig oder andauernd die gewerbliche Arbeit ausüben, kann nur dann Kranken- oder Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden, wenn sie ihre Beiträge laufend entrichten.

Für Mitglieder, die unheilbar krank und einer Anstalt übergeben sind, ruhen nach abgelaufener Unterstützungsperiode die Rechte und Pflichten, sofern für ihren Unterhalt die Familie nicht zu sorgen braucht. Bei eventuellem Ableben solcher Mitglieder kann die Sterbeunterstützung gezahlt werden.

##### § 10.

Mitglieder, die mindestens 156 Beiträge geleistet haben, einen eigenen Haushalt führen und aus triftigen Gründen den Wohnort wechseln wollen, erhalten: — sofern die Entfernung bis zum neuen Wohnort mindestens 12 Kilometer beträgt — eine vom Verbandsvorstand zu gewährenden Umzugsunterstützung. (Siehe § 12, Abs. 2.)

Diese Unterstützung (Beihilfe), die innerhalb dreier Jahre nur einmal gewährt werden kann, beträgt bei einem Umzug inkl. Fahrge- und Krankengeld 4. Klasse (Eisenbahn) für das Mitglied und die nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen:

in der 1. Beitragsklasse bis zu 24  $\text{M}$   
" " 2. " " " 36 "  
" " 3. " " " 48 "

In Ausnahmefällen kann der Verbandsvorstand, wenn ein Verbandsinteresse in Frage kommt, auch schon nach einer kürzeren Frist wieder Umzugsunterstützung gewähren.

Streikende, ausgesperrte und gemahregelte Mitglieder erhalten die tatsächlich entfallenden Umzugskosten inkl. Fahrge- und Krankengeld 4. Klasse (Bahnstrecke) für sich und ihre nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen.

Erhalten umziehende Mitglieder Umzugsunterstützung anderweitig gedeckt, so darf ihnen keine Umzugsunterstützung gewährt werden.

##### Sterbeunterstützung.

##### § 11.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten die Hinterbliebenen, sofern das verstorbene Mitglied dem Verbande mindestens 52 Wochen angehört und mindestens 52 Beiträge geleistet, eine vom Verbandsvorstand festzusetzende Unterstützung. (Siehe § 12, Abs. 2.) Diese Unterstützung beträgt 15  $\text{M}$  in Klasse 1, 17,50  $\text{M}$  in Klasse 2, 20  $\text{M}$  in Klasse 3, 25  $\text{M}$  in Klasse 4, 37,50  $\text{M}$  in Klasse 5, 45  $\text{M}$  in Klasse 6. Diese Unterstützungssätze erhöhen sich nach jedem weiteren zurückgelegten Mitgliedsjahr um 5  $\text{M}$ , bis zum Höchstbetrage in Klasse 1 von 40  $\text{M}$ , in Klasse 2 von 42,50  $\text{M}$ , in Klasse 3 von 45  $\text{M}$ , in Klasse 4 von 50  $\text{M}$ , in Klasse 5 von 62,50  $\text{M}$  und in Klasse 6 von 70  $\text{M}$ .

Als Hinterbliebenen im Sinne des Statuts sind anzusehen: Die überlebende Ehegattin oder, sofern diese nicht mehr vorhanden, die Kinder. Sind auch letztere nicht mehr vorhanden, so gelten die Eltern und nach diesen die Geschwister eines verstorbenen Mitgliedes als Hinterbliebenen, sofern letztere die Beerdigungskosten bestreiten oder bestritten haben.

##### Rechtsansprüche der Mitglieder.

##### § 12.

Mitglieder, welche in Untersuchungs- oder Gefängnishaft sich befinden oder zum aktiven Militärdienst einberufen sind, erhalten während dieser Zeit keine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Mitglieder, welche mehr als sechs Wochen Beiträge restieren, haben kein statutarisches Recht auf Unterstützung.

##### § 12a.

Auf keine der in § 1 und §§ 6 bis 11 erwähnten Unterstützungen hat ein Mitglied ein Recht. Vielmehr sind diese Unterstützungen nach freiem Ermessen vom Verbandsvorstand oder Ausschuss zu gewähren. Bei der Gewährung der Unterstützungen und der Bemessung der Höhe derselben soll der Verbandsvorstand die in den §§ 6 bis 11 oder von einem Verbandsvorstand festgelegten Grundsätze zur Richtschnur nehmen. Das Mitglied, welches einen Antrag auf Gewährung von Unterstützungen



stellt, hat keinerlei im Wege der Klage oder auf anderem Wege erfolgbares Recht auf Unterstüttung. Das Mitglied kann jedoch, falls sein Antrag abgelehnt wird, einen Antrag auf Bewilligung der beantragten Unterstüttung an den Ausschuss richten. Dieser hat nach freiem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher H6he eine Unterstüttung zu gewahren ist. Dem Verbandstage steht in allen FAllen das gleiche Recht zu.

#### Austritt und Ausschluss.

§ 18.

Der Verlust der Mitgliedschaft tritt auBer durch Austritt ein:

- a) wenn ein Mitglied sich Unterstüttung durch betrAggerliche Vorpiegelungen verschafft;
- b) wenn ein Mitglied sich widerrechtlich Eigentum des Verbandes aneignet;
- c) wenn ein Mitglied mehr als sechs Wochen BeitrAgge schuldet;
- d) wenn ein Mitglied, welches aus der Unterstüttungs- oder GefAngnisshalt oder nach erfolgter Dienstleistung entlassen wird oder aus dem Auslande zumwandert und sich innerhalb einer Woche nicht anmeldet;
- e) wenn ein Mitglied sich weigert, den ihm von einer Zahlstelle auferlegten Losalbeitrag (siehe § 3, Abs. 5) zu zahlen.

In solchen im § 13 nicht besonders bezeichneten FAllen, wo ein Mitglied sich grober SchAdigung des Verbandes oder der gewerbliehen Interessen seiner Mitglieder schuldig gemacht hat, oder den Verlust macht, dieses zu tun, kann auf Antrag der Mitglieder seine Ausschlusshung vom Verbandsvorstand erfolgen. Von allen nicht durch Beitragsschulden oder AustrittserklArungen hervorgerufenen Verlusten der Mitgliedschaft ist dem Verbandsvorstand und durch diesen den Mitgliedern an allen Orten Kenntnis zu geben. Eine Wiederaufnahme ist zulAssig. Die Entscheidung hieruber trifft der Verbandsvorstand.

§ 14.

Durch den Austritt, Ausschluss oder Tod eines Mitgliedes, durch ErklArung des Konkurses oder sein VermAgen oder Verlust der GefAhigkeithung wird der Verband nicht aufgel6st, vielmehr besteht er unter den Mitgliedern fort. Die §§ 738 bis 740 des BArgerlichen Gesetzbuches finden demnach keine Anwendung, vielmehr fAllt der Anteil des ausgeschiedenen Mitgliedes am VerbandsvermAgen in jedem Falle den Abrigen Mitgliedern zu.

#### Vermaltung.

##### a) Vorstand.

§ 15.

Der Verbandsvorstand besteht aus neun Personen, und zwar aus einem Vorsitzenden, einem ersten und einem zweiten Kassierer, drei SekretAren und drei Beisitzenden.

Im Verbandsvorstande mAssen noch M6glichkeit die Spezialbranchen vertreten sein.

Die Wahl des Vorsitzenden, des ersten und zweiten Kassierers und drei SekretAre vollzieht der Verbandstag in besonderen WahlgAngen durch Stimmzettel; absolute Mehrheit entscheidet.

Die Beisitzenden werden von den Mitgliedern der Zahlstelle gewAhlt, wo der Verbandsvorstand seinen Sitz hat.

Die Wahl der Beisitzer hat in besonderen WahlgAngen durch Stimmzettel mit absoluter MajoritAt zu geschehen.

Die Amtsdauer des Verbandsvorstandes erstreckt sich auf die Dauer von einem Verbandstage zum anderen.

Der Verbandsvorstand hat namentlich die Aufgabe:

1. Die Befolgung der Verbandsstatuten zu berwachen und alle statutengemAssen Beschlusse zu ver6ffentlichen resp. zu vollziehen;
2. statistische Ermittlungen iiber die soziale Lage der Berufsangeh6rigen zu veranstalten und zu ver6ffentlichen;
3. alljAhrlieh einen gedruckten Bericht iiber seine TAtigkeit zu geben;
4. die Pflicht, eine Urabstimmung zu veranstalten, wenn zwei FAnstAssen der Verbandsmassglieder sie beantragen. Auch findet eine Urabstimmung statt, wenn Vorstand und Ausschuss dies (erforderlichenfalls in gemeinsamer Sitzung mit Mehrheit) beschliessen;
5. die Pflicht, innerhalb sechs Wochen einen auBerordentlichen Verbandstag einzuberufen, wenn von zwei FAnstAssen der Verbandsmassglieder der Antrag hierauf gestellt wird;
6. die ordentlichen Verbandstage und mit Zustimmung des Ausschusses auch auBerordentliche Verbandstage zu jeder Zeit, nach Mahgabe des Wahlreglements einzuberufen.

Der jeweilige Vorsitzende des Verbandsvorstandes hat den Verband nach innen und auBen, besonders gegenuber den VerbAnen, zu vertreten.

Alle Mitglieder des Verbandsvorstandes sind in ihren amtlichen Handlungen an die Beschlusse des Verbandsvorstandes gebunden, soweit dieselben nicht gegen die Bestimmungen der Statuten und gegen Verbandsbeschlusse verst6ssen.

##### b) Zahlstellenverwaltung.

§ 16.

In einem Orte, wo in der Regel mindestens zehn Mitglieder sich befinden, kann der Verbandsvorstand eine Zahlstelle errichten und zur Leitung dieser Zahlstelle drei BevollmActigte und zwei Revisoren ernennen. Die BevollmActigten fAhren die GeschAfte der Zahlstelle, wAhrend die Revisoren die KassengeschAfte zu revidieren haben. Die Revisoren haben n6tigenfalls als Stellvertreter der BevollmActigten zu fungieren.

Die Ernennung der BevollmActigten und Revisoren erfolgt nur auf ein Jahr und ist im Januar eines jeden Jahres zu erneuern. Die zu ernennenden BevollmActigten und Revisoren, die nach M6glichkeit aus allen Spezialbranchen und unter Berucksichtigung der weiblichen Mitglieder zusammenzusetzen sind, sind von den Zahlstellen in Vorschlag zu bringen. Die VorschlAgge gelten als bestAtigt, sofern der Vorstand nicht innerhalb 14 Tagen Einspruch erhebt.

Nach freiem Ermessen kann der Verbandsvorstand eine Zahlstelle hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl aufheben.

Das VerbandsvermAgen sowie das VermAgen der Losalbeitsstelle darf bei Aufhebung oder Aufl6sung einer Zahlstelle nicht unter die Mitglieder verteilt werden, sondern muss mit den vorhandenen Verbandsunterlagen sofort an den Vorstand eingebracht werden. Jede Verteilung oder Aneignung des VermAgens solcher Zahlstellen ist als eine strafbare Handlung zu betrachten und demgemAss gerichtlich zu verfolgen.

In einer Zahlstelle des Verbandes, wo in der Regel zehn und mehr Mitglieder einer Spezialbranche sich befinden, k6nnen fAr diese Mitgliedergruppen Sektionen eingerichtet werden. Jede dieser Sektionen steht unter einer von ihren Mitgliedern zu wAhlenden Leitung, bestehend aus drei Personen.

FAr vom Vorstand zu bestimmende Gane sind Gauleiter anzustellen; diese sind vom Vorstand und Ausschuss gemeinsam auf Grund von schriftlichen Bewerbungen zu wAhlen, doch bedarf diese Wahl der Zustimmung durch den nAchsten Verbandstag.

##### c) Ausschuss.

§ 17.

Der Ausschuss besteht aus sieben Personen. Der Vorsitzende des Ausschusses wird vom Verbandstage gewAhlt, die Abrigen sechs Ausschussmitglieder hingegen von den Mitgliedern der jeweiligen Zahlstelle, wo der Ausschuss seinen Sitz hat.

Im Ausschuss mAssen nach M6glichkeit die Spezialbranchen vertreten sein.

Der Ausschuss hat die Kontrolle iiber die TAtigkeit des Vorstandes und ist zugleich die stAndig permanente Instanz des Verbandes iiber Beschwerden der Mitglieder gegen den Vorstand. Gegen den Entlass des Ausschusses ist nur die Berufung an den Verbandstag zulAssig. Der Ausschuss bildet zugleich die Revisionskommission.

Die Amtsdauer der Ausschussmitglieder erstreckt sich von einem Verbandstage zum anderen.

Der Sitz des Ausschusses darf nicht mit dem des Vorstandes an ein und demselben Orte sich befinden und die Mitglieder des Ausschusses dArfen kein anderes Amt im Verband bekleiden als das innehabende.

#### d) Verbandstage.

§ 18.

Alle drei Jahre findet ein Verbandstag statt. Der Verbandstag ist die oberste Instanz im Verbande und wird zusammengesetzt aus den gewAhltten Delegierten, den Vertretern des Vorstandes, dem Vorsitzenden des Ausschusses und den Gauleitern.

Die Einberufung erfolgt durch den Verbandsvorstand nach den Bestimmungen des Statuts und des Wahlreglements.

Die Vertreter des Verbandsvorstandes, des Vorsitzenden des Ausschusses, die Gauleiter und die Rebatteure des Verbandes haben auf dem Verbandstage nur beratende Stimme.

Zur GUltigkeit der Beschlusse des Verbandstages ist eine Beschlussfassung durch die Mehrheit ausreichend, ausgenommen im Falle des § 23, Absatz 1 des Verbandsstatuts.

Die Kosten des Verbandstages werden aus Verbandsmitteln bestritten.

##### e) Allgemeine.

§ 19.

Werden durch Nichterspruch oder Gesetz bedingte Statuten-AndArungen notwendig aber im Interesse des Verbandes rasch, ohne dass die Einberufung eines Verbandstages geboten erscheint, so haben Verbandsvorstand und Ausschuss das Recht, eine diesbezugliche StatutenAndArung vorzunehmen und zugleich die Pflicht, dem nAchsten Verbandstage hieruber Bericht zu erstatten.

§ 20.

Der Verbandsvorstand sowie Ausschuss k6nnen durch keinerlei RechtsgeschAfte die einzelnen Mitglieder des Verbandes oder den Verband verbindlich machen. Auch erweist kein Mitglied oder ein anderer durch VertrAgge mit dem Verbandsvorstand oder dem Ausschuss ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

#### VermAgen des Verbandes.

§ 21.

Das VerbandsvermAgen besteht:

1. aus BeitragsgebAhren,
2. aus VerbandsbeitrAgen und
3. aus sonstigen BeitrAgen und anderen Zuwendungen.

Das VermAgen des Verbandes ist in einer dem Verbandsvorstande geeigneten Weise zu belegen.

Angelegte Gelder k6nnen nur durch zwei Mitglieder des Vorstandes erhoben werden.

#### Organ des Verbandes.

§ 22.

Organ des Verbandes ist „Der Tabak-Arbeiter“.

Das Organ erscheint w6chentlich und unterliegt der Aufsicht des Vorstandes. Alle Beschwerden sind an den Vorstand resp. Ausschuss und in letzter Linie an den Verbandstag zu richten.

#### Schlussbestimmungen.

§ 23.

Eine Aufl6sung des Verbandes kann erfolgen, wenn ein diesbezuglicher Antrag hierzu rechtzeitig gestellt ist und auf dem Verbandstage mit  $\frac{2}{3}$  MajoritAt zur Annahme gelangt.

Wird der Verband in einer anderen Art als durch Verbandstagsbeschluss aufgel6st oder am Weiterbestehen verhindert, so haben Verbandsvorstand und Ausschuss dArfAr Sorge zu tragen, dass das VermAgen m6glichst im Sinne der Verbandsbestrebungen verwendet wird.

#### Resolution zum Statut.

Der 16. Verbandstag m6ge beschliessen: Die im § 9 enthaltenen Bestimmungen bezAggl. der Unterstuttungsdauer und der UnterstuttungsbetrAgge finden entsprechende Anwendung auf alle Mitglieder des Verbandes, die im Laufe ihres gegenwArtigen Mitgliedsjahres Unterstuttung im Falle der Arbeitslosigkeit oder im Falle der Krankheit, sowie Fahrgeldunterstuttung bezogen haben, und zwar in der Weise, dass:

1. diesen Mitgliedern eine 78w6chige Unterstuttungsperiode von dem Tage anzurechnen ist, fAr welchen sie im gegenwArtigen Mitgliedsjahre die erste Unterstuttung in den vorhin erwAhnten FAllen bezogen haben und dass
2. diesen Mitgliedern innerhalb dieser festgesetzten 78w6chigen Unterstuttungsperiode nur UnterstuttungsbetrAgge bis zu der H6he, wie sie im § 9, Abs. 1 fAr die einzelnen Beitragsklassen festgelegt sind, gezahlt werden darf.

Vorliegendes Statut tritt am 1. Oktober 1913 in Kraft, ebenso die vorstehende Resolution zum Statut.

Stremen, 12. August 1913.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

J. A. C. Deichmann.

## Gewerkschaftliche Disziplin.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen sind zu einer starken wirtschaftlichen Macht geworden, die Zahl ihrer Mitglieder ist in einer Weise gewachsen, wie es vor zehn, fAnfzehn Jahren noch kaum zu erwarten war. Man kann nicht behaupten, dass mit der Zunahme der Mitglieder, mit dem Wachsen derselben zu einem Millionenheer die innere Festigkeit der deutschen Gewerkschaften zuruckgeblieben wAre. Im Gegenteil ist mit dem Steigen der Mitgliederzahl nicht nur die PlanmAssigkeit des Handelns, sondern auch gleichzeitig die Disziplin bedeutend verbessert worden. Es war erklArlich, wenn in den Kindertagen der Gewerkschaftsbewegung oft die den allgemeinen Interessen so f6rderliche Direktive fehlte, so dass sogenannte wilde Streiks nicht selten waren. Mangelte es doch in manchen Berufen an einer straffen zentralen Leitung, und selbst wo eine solche Leitung vorhanden war, lieBen die Mitglieder an einzelnen Orten noch die gewerkschaftliche Schulung vermissen und glaubten, auf das Ganze keine Rucksicht nehmen zu mAssen; ihr Wille war dann fAr ihr Handeln das h6chste Gesetz.

UnmAllich ist es besser geworden und heute ist das Verstandnis fAr eine Taktik, die auf die Berucksichtigung der Gesamtinteressen des Berufs, ja, daruber hinaus, beruht, so ziemlich allgemein. Man erkennt, dass mitunter berechtigte WAnschse zuruckgestellt werden mAssen, sei es, dass die Konjunktur es gebietet, sei es, dass andere Forderungen, und WAnschse bringender der Erledigung bedArfen. Auch in Bezug auf die WAnschse und Forderungen, welche Anlass zur Anwendung der ultimo ratio der Gewerkschaften, den Streik, geben oder geben, ist insofern eine VAndArung zum Guten eingetreten, als nebenfachliche Dinge nicht mehr den Grund zum AuBersten Vorgehen abgeben, wie es frAher wohl manchmal der Fall war. Heute weis man, dass es zweckmAssiger ist, die Hauptkraft und den HauptstoB fAr die wichtigsten Forderungen einzusetzen; die Verteilung der Macht fAr NebensAchlichkeiten muss selbstverstandlich bei der DurchfAhung wichtiger Forderungen hem-

mend wirken. Mit der besseren, erfolgreicheren Taktik hat die Verbesserung der Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder gleichen Schritt gehalten. Das musste so kommen.

ZunAchst einmal trieben die VerhAltnisse die Berufsorganisationen zu immer ausgeprAgter Zentralisation; man lernte begreifen, dass bei der Entwicklung des Kapitalismus der einzelne Ort, eine bestimmte Gegend oder irgend eine Sparte eines Gewerbes allein nicht in der Lage sei, dauernde Vorteile dem Unternehmertum abzurufen. Mit der Zentralisation musste sich natArlich der Blick fAr das Gesamtinteresse schArfen; das fand nicht nur Ausdruck in der Taktik und bei den Leitern, sondern auch bei den Mitgliedern. Soll das eine gelingen, muss vernunftigerweise auf das andere Rucksicht genommen werden. Aber auch die Erstarbung der Unternehmerorganisationen musste auf die Taktik der Gewerkschaften einwirken und gleichzeitig die Disziplin der Mitglieder f6rdern. Je planmAssiger die Abwehr der Unternehmer wurde, um so energischer, aber auch um so vorsichtiger musste der Kampf gefAhrt werden; setzte doch schon die Organisation der Unternehmer ohne weiteres eine lAngere Dauer des Kampfes voraus, wie denn auch von jener Seite die Aussperrung ungezAhler Arbeitermassen als Abwehrmittel stAndig mehr zur Anwendung kam. Gewiss kommen noch eine Reihe anderer, weniger wichtiger Momente hinzu, die die gewerkschaftliche Schulung der Arbeiter ebenso beeinflussen mussten, wie sie den zahlenmAssigen Aufstieg der einzelnen VerbAne beeinflusst haben, wie wir denn auch nicht verkennen wollen, dass die zunehmende Bildung der Arbeiterschaft, vor allem die wirtschaftliche und politische Erkenntnis, als bedeutamer Faktor fAr ein streng diszipliniertes Vorgehen in Betracht kommt. Und da alle diese Dinge sich in derselben Richtung auch ferner bewegen, so ist vorauszusetzen, dass Zusammenhalt und Disziplin in den Gewerkschaften sich immerwAhrend straffen werden.

Wir sind ja nun gewohnt, die stramme Disziplin in den Arbeiterorganisationen von Uebelm6ssenden auf Bevormundung, Verh6hung, Terrorismus und was sonst noch alles zuruckgefAhrt zu sehen. Die das sagen und es auch wirklich so meinen, verkennen einfach unsere Zeit. Der Organisationsgedanke liegt in der Luft, er ist unabwendbar und uberkommt mehr oder weniger alle Menschen, soweit sie in kapitalistisch entwickelten LAndern leben. Das ist tagtAglich zu beobachten auch bei denen, die meinen, dass die Arbeiter in ihre Organisationen nur hineingepresst werden. WArden die Arbeiter ihre Geschicke nicht selbstAndig in die Hand genommen haben, wArden ihre Organisationen sich vom Unternehmertum und deren Knechten bevormunden lassen, so wArde man auch nichts von Verh6hung, Terrorismus ufm. h6ren. Wie der Eintritt des Arbeiters in die Organisation auf der Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns beruht, so ist auch zugleich die ZweckmAssigkeit der Disziplin erkannt worden. Also ist die Disziplin des Gewerkschaftsmitgliedes eine freiwillig gelebte, bezgl. hat die Organisation das Recht, von dem Mitgliede, das sich den GrundsAtzen und der Taktik unterordnet, auch die strengste Disziplin zu fordern. Sich organisieren heiisst eben, sich dem Gesamtwillen unterordnen.

Die Verbandsleitung ist berufen, GrundsAtze und Beschlusse, wie sie von der Mehrheit der Mitglieder durch ihre Vertreter auf den Verbandstagen formuliert sind, zur praktischen Anerkennung und DurchfAhung zu bringen. FAr eine Verbandsleitung kann es deshalb auch nichts anderes geben, als fAr die Gesamtinteressen der Mitglieder einzutreten und dementsprechend das Vorgehen im Einzelfalle abzumessen. Wenn demnach mitunter eine Verbandsleitung Angriffen ausgesetzt ist, selbst bei gewissenhafter Erfullung ihrer Aufgaben, so findet es seine ErklArung darin, dass noch immer nicht alle Mitglieder die Unterordnung ihres Willens unter den Willen der Gesamtheit begriffen haben. Es ist psychologisch durchaus verstAndlich, dass manchen Menschen das scheinbar nachstliegende als das unter allen UmstAnden wichtigste gilt. Darauf kann sich eine Verbandsleitung, deren Blick auf das Ganze gerichtet sein muss, nicht verlassen. Derartige Disziplinen und Gegenasse werden infolge der gewerkschaftlichen Schulung und der geschlossenen Kampflinie auch immer weniger.

Wenn neuerdings im Metallarbeiterverband die Werftarbeiterbewegung zu einer solchen Differenz fAhrt, so ist das natArlich im Interesse des Ansehens, der inneren StArke und des Kampfweges dieser Organisation bedauerlich. Wir haben keine Neigung, uns aus Anlass der letzten Werftarbeiterbewegung in die inneren VerhAltnisse des Metallarbeiterverbandes einzumischen und konstatieren nur, dass letztes Endes, nachdem die Generalversammlung dieses Verbandes das entscheidende Wort gesprochen, die Werftarbeiter sich dem Willen der Gesamtheit unterordnet, sich der Disziplin durch Wiederaufnahme der Arbeit gefugt haben. Wir wAnschsen mit Rucksicht auf die Beteiligten wie auch auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung, dass sich solche Dinge nirgendwo wiederholen m6chten.

Man kann begreifen, dass die Mitglieder einer Gewerkschaftsorganisation in augenblicklicher berechtigter Emp6rung zu dem AuBersten Mittel, der Arbeitsniederlegung, zu greifen beabsichtigen — und wir unterschAtzen keineswegs, was Emp6rung und Begeisterung fAr den Kampf bedeuten — aber ruhiges AbwAgen der verschiedenen Momente und kAlte Entschlossenheit ist doch fAr ein gutes Gelingen unbedingtes Erfordernis. Der Erfolg ist um so sicherer, je mehr der einzelne KAmphr die Situation zu uberschaun vermag. Das Unternehmertum ist heute schon zu gut organisiert, als dass es im ersten begeisterten Sturm auf bezwungen werden k6nnte. Und Ruhe und Ueberlegung ist nicht nur n6tig, wenn es sich um groBe Fragen und umfassende Bewegungen handelt, sondern auch bei weniger bedeutenden Gelegenheiten. Es darf nicht vergessen werden, dass die Arbeitsniederlegung das letzte und schArffte Mittel der Gewerkschaften ist und dass ein Misserfolg bei unvorbereiteter Anwendung schAdigend auf die Organisation zuruckfAlgt, wie man auch nicht eher mit der Arbeitsniederlegung drohen darf, bevor man nicht sicher



ist, daß sie im Notfall auch tatsächlich erfolgen kann und wird. In keinem Falle also soll man die im Gesamtinteresse notwendige Disziplin vergessen. Je mehr Unterordnung unter den Gesamtwillen, um so nachdrücklicher kann der Kampf für die Hebung der ganzen Berufsangehörigen geführt werden; wobei alle ihren Vorteil selbstverständlich finden.

Das alles gilt erst recht für solche Organisationen, die den gewerkschaftlichen Kampf erschwerende Berufsverhältnisse haben und obendrein noch mit ihren Mitteln hausälterisch umgehen müssen. Schließlich hat selbst die bestfundierte Organisation aber auch die Pflicht, mit ihren Mitteln möglichst viel zu erreichen, woran sie durch disziplinwidrige Seitensprünge nur zu leicht gehindert werden kann.

## Tabakarbeiter, richtet euch danach!

In den letzten zehn Jahren sind die Kämpfe zwischen Arbeiter und Unternehmer umfangreicher geworden. Auch in der deutschen Tabakindustrie ist das der Fall. Wir haben große Kämpfe in allen Gegenden, wo nennenswerte Tabakindustrie ist, zu bestehen gehabt. Der Kapitalismus tut eben seine Wirkung auch in unserm Berufe. Die Geschichte der Lohnkämpfe in der Tabakindustrie zeigt, wie die Fabrikanten mit immer größerem Nachdruck sich den Forderungen der Tabakarbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwehren suchen; immer mehr ist die Aussperrung zu einem Trumpf für die Unternehmer geworden, die Tabakarbeiterschaft niederzuhalten. Erinnern wir uns der Kämpfe in Nordhausen, in Süddeutschland, im Rheinland und in Westfalen. Bedenken wir auch, daß der Zusammenschluß der Fabrikanten in den letzten Jahren ein fast vollständiger geworden ist.

Wird es in Zukunft anders werden? Anders wird es werden, aber nicht in dem Sinne, daß die Fabrikanten den berechtigten Forderungen der Tabakarbeiterschaft geneigter gegenüberstehen. Und wird etwa die Tabakarbeiterschaft weniger als bisher nötig haben, auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bestehen? Keineswegs. Im Gegenteil bedingt die im Verhältnis zur Preissteigerung sich immer mehr verschlechternde Lage der Tabakarbeiter ein intensiveres Verlangen nach Verbesserung. Die Löhne der Tabakarbeiter bleiben immer weiter hinter denen der übrigen Arbeiterschaft zurück. Andererseits ist den Tabakarbeitern der Kampf um bessere Existenzbedingungen außerordentlich erschwert durch die bedrückende Steuergesetzgebung und rückständigen Produktionsverhältnisse. Die Unternehmer der Tabakindustrie sehen ihr Heil gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft einzig und allein in der Unterdrückung der Organisation.

Aber nicht nur die Tabakarbeiterschaft, sondern auch die Fabrikanten dürften unter solchen Umständen voraussetzen, daß es zu Konflikten von größerem Umfange kommen muß. Das Unternehmertum, das in seiner Organisation und deren Leitung den Lauf der Dinge genau zu verfolgen verpflichtet ist, mag voraussehen, was da kommen wird. Und so ist es auf dem Posten und entfaltet emsigere seine merkwürdige Tätigkeit in den Kreisen der deutschen Zigarrenindustriellen. So wurde uns von einem süddeutschen Fabrikanten folgendes ihm zugegangene Zirkular übersandt:

Frankfurt a. M., den 30. Juli 1913.

Herrn (Namen der Firma und Ort).

Die unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung und Erstarkung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bringt eine von Jahr zu Jahr wachsende Gefahr des Eintritts von Arbeiterbewegungen und Arbeitsstörungen auch für solche Betriebe, die bisher von derartigen schädigenden Eingriffen in ihrer Erwerbstätigkeit bewahrt geblieben sind.

Der Deutsche Industrieschutzverband hat es sich zur Aufgabe gestellt, den Arbeitgebern bei allen Arbeitsstreitigkeiten auf Grund der in über 1300 Fällen von Arbeiterbewegungen gesammelten großen Erfahrungen beratend zur Seite zu stehen und sie bei ausbrechenden Streiks, sowie bei Aussperrungen finanziell möglichst schadlos zu halten.

Durch die von unserem Verbands in Fällen von Arbeitsstörungen gezahlten Entschädigungen werden die Verluste im Geschäft der weiterlaufenden Geschäftskonten ganz oder zu einem sehr erheblichen Teile gedeckt. Im Verhältnis hierzu bildet der Mitgliedsbeitrag eine ganz unbedeutende, lausende und genau begrenzte Belastung, die im Interesse des für einen geregelten Betrieb wichtigen Rückhalts in Streikfällen und bei sonstigen Arbeiterbewegungen für keinen vorausschauenden Arbeitgeber ins Gewicht fallen kann.

Ohne einen hinreichenden Schutz gegen die materiellen Schäden aus Streiks oder Aussperrungen sind die Arbeitgeber auf die Dauer nicht in der Lage, die vielfach übertriebenen Forderungen der Gewerkschaften zurückzuweisen. Deshalb ist der Anschluß an eine gemäßigtere Streikentschädigungsgesellschaft für jeden Arbeitgeber dringende Notwendigkeit.

Wegen der in Aussicht genommenen Abstützung der Entschädigungen nach der Mitgliedschaftsbauer liegt es in Ihrem Interesse, baldigst beizutreten.

Zu jeder weiteren Auskunft gern bereit, stehen wir Ihrer geschätzten Rückmeldung mit Interesse entgegen.

Deutscher Industrieschutzverband, Zweigstelle Frankfurt a. M.

In vorzüglicher Hochachtung

Dr. Probst.

Vermutlich hat die Zweigstelle Frankfurt a. M. des Deutschen Industrieschutzverbandes ihr Zirkular vielen Tabakindustriellen Süddeutschlands zugehört. Natürlich konstatieren wir mit Genugtuung, daß diese Unternehmerorganisation „die unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung und Erstarkung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen anerkennt“. Es mag ein Zufall sein, daß diese Aufforderung zur Organisation den süddeutschen Tabakindustriellen zu derselben Zeit zugehört wird, da unser Verband sich anschickte, auf seinem Verbandstage in Heidelberg größere Mittel für den Kampf zur Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter zu beschaffen; bedenken wir aber, mit welchem heftigen Verlangen gerade unsere süddeutschen Mitglieder und Delegierten sich für den Kampf um Aufhebung ihrer niedrigen Löhne einsetzen, so ist das begreiflich, daß der Aufruf des Industrieschutzverbandes bei den süddeutschen Fabrikanten auf guten Boden fallen wird. Mag der nächste Kampf in der Tabakindustrie entbrennen, wo er will, die ganze deutsche Tabakarbeiterschaft

ist dabei interessiert, und wie unsere nord-, ost-, west- und mitteldeutschen Delegierten das Verlangen der Süddeutschen auf dem Verbandstage begriffen haben, so werden es auch die Mitglieder überall begreifen, denn die Zusammenhänge in den Produktionsverhältnissen der Tabakindustrie sind ihnen wahrhaftig keine böhmische Dörfer.

Das Unternehmertum ist rafflos dabei, der Tabakarbeiterschaft den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg zu veranlassen und ihr dort, wo sie sich zum offenen gewerkschaftlichen Kampf entschlossen hat, den Erfolg streitig zu machen. Das zeigt auch der oben abgedruckte Aufruf des Industrieschutzverbandes mit zwingender Deutlichkeit. In keiner anderen Branche der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist das Unternehmertum so auf die Niederhaltung der Arbeiterschaft bedacht, wie gerade im Tabakgewerbe, obgleich, oder trotzdem gerade hier die allererbärmlichsten Verhältnisse anzutreffen sind. Da sollen sich unsere Fabrikanten auch nicht wundern, wenn die Wahrung unter der Tabakarbeiterschaft allgemein wird und mit der Zeit einen solchen Grad annimmt, daß das Verlangen nach Verbesserung unbezwingbar wird.

Hat der Deutsche Tabakarbeiter-Verband dieser Situation in Heidelberg Rechnung getragen, indem er seine Statuten dementsprechend formulierte, sein Unterstützungsweisen änderte, so muß auf der andern Seite aber auch die Geschlossenheit der Tabakarbeiter eine bessere werden. Der Wille zur ersten Tat muß in ihnen stärker, die Reihen müssen fester, die Scharen größer werden. Nur in unablässiger Arbeit ist es möglich, die Organisation zu einem Bollwerk des Kampfes zu machen. Ungezählte Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie stehen noch abseits. Auch sie wollen gern mehr Lohn haben, wollen ihr Arbeitsverhältnis verbessern, sie haben nur noch nicht den rechten Weg dazu gefunden. Diesen Weg ihnen zu zeigen, ist mehr als je die Pflicht der Organisierten.

Die Kräfte, die zur Organisation der Unternehmer am Werke sind, sind gewiß nicht zu vernachlässigen, und das oben abgedruckte Formular des Industrieschutzverbandes macht natürlich nur einen kleinen Teil derselben aus, aber sollen und wollen die Tabakarbeiter zurückstehen und weniger für ihre Sache tun? Das wird sich schwer rächen. Also: Auf, zur Agitation!

## Hab' acht auf die Krankentassenwahlen!

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung in Kraft. Die Versicherung ist erheblich ausgedehnt. Für sind neu unterstellt die Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts in der Landwirtschaft, die Dienstboten, die unabhängig Beschäftigten, die im Wandergewerbe und die im Hausgewerbe Tätigen. Für Personen, deren Versicherungspflicht bisher bei einem Einkommen bis zu 2000 M. abhängig war, ist die Versicherungspflicht erstreckt bis auf ein Einkommen von 2500 M.

Für die Versicherung sind die Träger, die Krankentassen, zum Teil auf wesentlich andere Grundlagen gestellt als bisher. Ein großer Teil der bisherigen Krankentassen geht ein, es verschwindet auch die Gemeindefrankenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt nur Ortskrankentassen, Landkrankentassen, Betriebskrankentassen und Innungskrankentassen.

Bestehende Ortskrankentassen können zu allgemeinen Ortskrankentassen ausgebaut oder als besondere Ortskrankentassen zugelassen werden. Sonst sind allgemeine Ortskrankentassen neu zu errichten.

Das hat noch in diesem Jahre zu geschehen, damit am 1. Januar die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden können. Es wird im wesentlichen auch schon in den einzelnen Bezirken darüber Klarheit bestehen, wie es mit der Organisation der Krankentassen wird.

Es gilt jedoch in den nächsten Wochen und Monaten, die Wahl für den Ausschuss dieser Krankentassen und dann für den Vorstand vorzunehmen. In den Landkrankentassen haben die Versicherten selber keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Ausschusses und Vorstandes. Hier wählt die Behörde die Vertreter. Das trifft namentlich die neu der Versicherung unterstellten Personen, die dort, wo eine Landkrankentasse errichtet wird, dieser angehören müssen. Wo eine Landkrankentasse nicht errichtet ist, ist ihre Versicherungspflicht bei den anderen Krankentassen begründet. Und hier, bei den Ortskrankentassen, bei den Betriebs- und bei den Innungskrankentassen, wählen die Mitglieder den Ausschuss.

Für die Ortskrankentassen hat der Bundesrat Vorschriften erlassen, nach denen auch die neu der Versicherung unterstellten Personen an den Wahlen zum Ausschuss teilnehmen. Der Bundesrat hat bestimmt, daß bei neu errichteten allgemeinen Ortskrankentassen das zuständige Versicherungsamt Wählerlisten aufzustellen und dann die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung aufrufen soll, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Diese Anordnungen sollen auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung eingetragenen Mitglieder ausgeführt werden. Die allgemeinen Ortskrankentassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder gelten. Es kann jedoch die oberste Verwaltungsbehörde Abweichungen anordnen oder zulassen. Sie kann auch insoweit bestimmen, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

Es erwähnt nun allen der Krankenversicherung unterliegenden Personen die dringende Pflicht und Aufgabe, sich an diesen, in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu beteiligen und dazu sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Wahlberechtigt ist jede der Versicherung unterliegende Person, sofern sie über 21 Jahre alt ist.

Das

Geschlecht spielt keine Rolle.

Es muß namentlich den Frauen dringend und Herz gelegt werden, ihren ganzen Einfluß bei den Wahlen geltend zu machen. Ob die Kasse eine Schwangerenunterstützung, Hebammenhilfe für die weiblichen Versicherungsbedürftigen und Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen und anderes mehr gewährt, hängt ganz von dem sozialen Verständnis der gewählten Vertreter ab, da es sich bei diesen Leistungen nicht um die den Kassen obliegenden Verpflichtungen handelt.

Ob Mann oder Frau also, ganz gleichgültig, sie alle müssen sich an den Wahlen beteiligen, und möglichst dafür sorgen, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausschuss einfließen. Das ist nicht nur notwendig, um Leute in den Ausschuss zu bekommen, die Verständnis für den weiteren Ausbau der Krankenversicherung haben und die nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen Leistungen der Krankentassen auch durchgeführt werden, sondern es ist auch noch aus folgendem notwendig: Die Vorstandsmitglieder aller Krankentassen wählen späterhin die Vertreter beim Reichsversicherungsamt und die letzteren endlich wieder die Vertreter beim Reichsversicherungsamt bzw. Landesversicherungsamt.

Die Wahlen finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Das muß ein Grund mehr sein für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alles daran zu setzen, Leute ihres Vertrauens in den Ausschuss der Krankentassen zu bekommen. Sicher werden alle jene, die vorgeben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit aber noch immer verlag haben, wenn es gilt, endlich die Interessen der Versicherten im Rahmen der ge-

setzten Bestimmungen wahrzunehmen, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Wer will, daß sozialer Geist in den Krankentassen und in den Ausschüssen herrscht, der muß die Wahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

Den Gewerkschaftsvertretern aber erwächst die Pflicht, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben insbesondere den der Krankenversicherung vom 1. Januar 1914 ab unterliegenden Personen durch dringliche Veröffentlichungen kundzutun, ob und wo sie sich in die Wählerlisten eintragen lassen müssen.

Die vorhin erwähnten Bestimmungen des Bundesrats haben schon Anlaß zu den verschiedensten Auslegungen gegeben. Es macht sich bei einzelnen Behörden die Meinung geltend, daß sich auch die jetzt schon der Versicherung unterliegenden Personen, also die bisherigen Mitglieder der Krankentassen, neu in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Andererseits aber auch wieder wird für diese Personen die Wahlberechtigung anerkannt, wenn sie in der Wählerliste ihrer bisherigen Krankentasse verzeichnet sind. Ja, es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mitglieder einer ausgeschalteten allgemeinen Ortskrankentasse zum Ausweis der Wahlberechtigung dient, daß aber die Mitglieder von Krankentassen, die geschlossen werden, sich auch in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Wo diese letzte Auffassung bei den Behörden besteht, werden man sich sofort an die höhere Verwaltungsbehörde mit dem Ersuchen, eine Klärung eintreten zu lassen. Entweder müssen sich alle Krankenversicherungspflichtigen Personen in die Wählerliste eintragen lassen, oder aber, wo für die bisher schon versicherten Personen die Zugehörigkeit zu einer Krankentasse für die Wahlberechtigung entscheidend ist, da muß es für alle gelten.

Die kommenden Krankentassenwahlen dürfen nicht geringer geschätzt werden, als irgend eine politische Wahl.

Das ureigenste Interesse jedes einzelnen, der sozialen Fortschritt will, soll ihn veranlassen, für die Kandidatenliste der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft die Stimme abzugeben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien.

## Mitteilungen aus dem Beruf.

**Zum Tode August Bebel's.** Wir teilen an dieser Stelle mit, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, seiner Pflicht gegen den rastlosen Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung gedenkend, an der allgemeinen Ehrung August Bebel's durch die gesamte Arbeiterschaft teilnimmt und dieses zum Ausdruck bringt, indem Kollege Reichmann nach Zürich delegiert wurde, um dem teuren Toten auf seinem letzten Wege das Geleit zu geben. Der vom Verband dem Entschlafenen geweihte Lorbeerfranz trägt auf roter Seife folgende Widmung:

Was zu leisten Menschen ist beschieden,

Das hast im Dienst des Volkes du vollbracht.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband

dem rastlosen Kämpfer.

**Die Tabakproduktion auf dem Balkan.** Die „National-Zeitung“ hat anlässlich der Balkankriege und ihrer verheerenden Wirkung eine Umfrage über die künftige industrielle Gestaltung auf dem Balkan veranstaltet. Es dürfte unsere Zigarettenarbeiter interessieren, was eine bedeutende Berliner Zigarettenfabrik darüber mitzuteilen hat. Wir haben bereits bei Beginn des ersten Balkankrieges in einem Aufsatz auf die ungünstige Wirkung des Krieges für die deutsche Zigarettenindustrie hingewiesen. Der Berliner Zigarettenfabrikant schreibt:

Wir haben bisher so gut wie nur mit der Türkei zu tun gehabt, deren Tabakprodukte ja die besten in der Zigarettenbranche sind. Nebenbei kommt ja noch Bulgarien in Betracht, während die griechischen und serbischen Tabake nicht viel taugen. Wenn die betreffenden Landstriche unter bulgarisches Regime kämen, so würde das vielleicht insofern für unsere Kaufleute von Vorteil sein, als dann geregelte Verhältnisse eintreten würden, aber der Tabakbauer in seinen Gegenden würde sich wohl nur sehr schwer in das straffe bulgarische Regiment einfügen können. Zudem würden die Bulgaren vermutlich versuchen, den Tabakbau sozusagen mehr zu industrialisieren, zum Vorteil der Quantität vielleicht, nicht aber zu dem der Qualität.

Würde sich der dortige Tabakbauer unter griechischer Herrschaft wohler finden?

Sicherlich. Der Grieche würde sich dem ganzen Tabakbau und seinen eigenartigen Verhältnissen besser assimilieren als der Bulgare. Es gehört eine lange Erfahrung dazu, um den Tabakbau in der rechten Weise zu kultivieren. Er darf, wie gesagt, nicht industriemäßig betrieben werden, da sonst die Qualität leidet. Die Pflege des Tabakpflanzes erfordert ihre Behandlung und Ernte vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang, und die Bauern, die nun durch Jahrhunderte hindurch sich ihr widmen, würden nie zu einer mehr industriell betriebenen Methode schreiten. Die Arbeiterfrage würde zudem dort nur schwer zu lösen sein. Unter griechischem Regime wird der einzelne Bauer vermutlich sein Feld nach wie vor für sich bebauen. Ob eine griechische Herrschaft freilich für unsere Kaufleute von Nutzen sein wird, bleibt abzuwarten. Der Grieche ist selbst ja durch und durch Kaufmann und er wird wohl suchen, das Geschäft nach Möglichkeit an sich zu reißen.

Welches sind die für den Tabakbau am meisten in Betracht kommenden Gegenden?

Gerade die, deren Besitz die Griechen erstreben: Zanzibar, Serres, Drama, Kamata, von denen 40 Millionen Kilo Tabak in den Handel kommen. Dort ist das beste Tabakland. Die große Firma M. L. Perog & Co., der von den Bulgaren übrigens nicht weniger als sechs Magazine verbrannt worden sind, beschäftigt allein circa 8000 Arbeiter, davon 3000 Leute in Kamata zur Behandlung des Tabaks. Uebrigens sind noch zahlreiche andere Tabakmagazine verbrannt worden.

Und die Folge für den Tabakmarkt?

Die Lage ist so: Von der 1910/11er Ernte, die jetzt von der Tabakindustrie heringeholt werden sollte, weiß niemand, ob sie überhaupt noch vorhanden ist. Das Jahr 1912 hat zwar etwas gebracht, aber der Tabak ist nicht besonders. Er ist klein und von keiner besonders guten Qualität. Von 1913 erwartet man überhaupt nichts: Die Felder sind verunreinigt und die Bauern erschlagen. Die Folge ist natürlich ein kolossales Anziehen der Preise und ein Räumen selbst der ältesten Bestände. So sind die enormen Dresdner Lager so gut wie geräumt, alles geht zu hohen Preisen weg. Dazu kommt aber noch, daß an sich der Zigarettenfabrikant in Deutschland sehr stark gestiegen ist. Bei dieser Notlage des Marktes hat man es mit allen möglichen Surrogaten an Stelle des ausgebliebenen türkischen Tabaks versucht. Wir russischen Tabak aus der Krim und Kasas, mit deutschem, polnischem Tabak, mit chinesischem Tabak, mit Tabak aus Ägypten und aus Ungarn. Alle können den türkischen Tabak natürlich nicht ersetzen und man erhebt in unserer Industrie gegenseitig die endliche Milderung geordneter Zustände am Balkan herbei, mit denen dann hoffentlich auch bessere Verhältnisse eintreten. Denn bei den heutigen schlechten Bahnverhältnissen steigern die Unkosten für den Transport infolge der vielen sich nötig machenden Umladungen und Umtransportierungen den Preis des Tabaks sehr erheblich.

Wie groß ist ungefähr der Tabakimport von dort nach Deutschland?

Wir werden in Deutschland circa 10 bis 12 Millionen Kilo gramm Zigarettenfabrikant aus der europäischen Türkei beziehen. Außerdem noch billigeren Tabak, sowie Tabak aus dem der Türkei verbleibenden Tabakgegenden in Kleinasien, Smyrna und Samsum. Dessen Reich besteht nur die Hälfte, circa fünf Millionen, und die übrigen anderen Monopolländer Italien und Rumänien je 2 bis 3 Millionen. Dann kommt Amerika mit wohl auch je zwei Millionen Bezug, sowie die übrigen in Frage kommenden Länder. Alles in allem werden aus der ehemals europäischen Türkei wohl 40 bis



50 Millionen Kilogramm Tabak ausgeführt werden, die immerhin einen Wert von rund 100 Millionen Mark bedeuten. Ausland besteht wegen des hohen Preises verhältnismäßig nur wenig türkischen Tabak, am meisten jedoch unter den heutigen Zuständen der deutsche Tabakmarkt, und es wird wohl längere Zeit währen, bis sich alles in unserer Industrie dort unten wieder reguliert hat.

Eine neue Steuer in Belgien auf bessere Tabakfabrikate. Aus Brüssel wird gemeldet, daß dort Gerüchte bekannt werden, wonach die belgische Regierung die Besteuerung besserer Zigarren und Zigaretten plane und den belgischen Fabrikanten bei der demnächstigen Erneuerung der Handelsverträge eine Erhöhung des Einfuhrzollens für ausländische Fabrikate in Aussicht stelle, wodurch auch die

eine solche von 10 % pro Mille zu zahlen. Bei einer Sorte Penalarbeit wurde der Lohn für Wickelmacher um 50 % pro Mille erhöht. Die Zurechtung wurde in allen Abteilungen verbessert, bessere Behandlung zugesichert und die Abschaffung der sonstigen im Betriebe bestehenden Mißstände herbeigeführt.

München. Bei der Firma Wolf & Kuhlmann traten die Arbeiter in eine Lohnbewegung ein und forderten eine Aufbesserung der Löhne, genügende und gute Zurechtung des zu verarbeitenden Materials, bessere Behandlung und die Zurücknahme der Kündigung eines Sortierers. Die von der Gausleitung eingereichten Forderungen zeitigten den Erfolg, daß die Kollerlöhne bei 8 Sorten um 10 % pro Mille und die Wickellöhne bei 12 Sorten um 10 % und bei 1 Sorte um 20 % pro Mille aufgebessert wurden. Außerdem versprach die Firma, für genügend und gutzubereitetes Material zu sorgen. Bessere Behandlung der Arbeiter wurde zugesagt und die ausgesprochene Kündigung eines Sortierers zurückgenommen.

Sabersleben. Die bei der Firma M. Hansen jun. im Wochenlohn beschäftigten Bau- und Rauchtakarbeiterinnen forderten eine Erhöhung ihres Wochenlohnes um 80 %. Die von den Arbeitern herbeigeführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Firma die eingereichte Forderung bewilligte.

Flensburg. Die Rauchtakspinner der Firma Franz v. Lüthgen stellten die Forderung auf Gewährung von drei Tagen Ferien im Jahre und Fortzahlung des Lohnes. In der von den Arbeitern eingeleiteten Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, die Forderungen der Rauchtakspinner zu bewilligen und soll an Lohn für die Ferientage 4,50 M pro Tag gezahlt werden.

schlechten Löhnen, gefallt es dann noch in vielen Fällen schlechtes Material und schändliche Behandlung seitens der Fabrikanten, Direktoren oder Meister. Eine Glanzleistung in dieser Beziehung vollbringt nun der neue Direktor der Firma Kinn & Glos, Heideheim. Dieser Herr ist am 1. Juli d. J. an Stelle des Herrn Schöber, welcher selbst in Gießen eine Zigarrenfabrik eröffnet hat, bei der Firma eingetreten. Er hat sich nun bei den Arbeitern und Arbeiterinnen gleich dadurch „beliebt“ gemacht, daß er in rigoroser Weise die Leute anschnauzte, eine Menge Zigarren ausmachte und verglichen mehr. Sein Auftreten war berichtig, daß in kurzer Zeit in verschiedenen Filialen seine Empfehlung ausbrach. In Steinberg a. B. stultierte er die Arbeiterinnen mit Schimpfnamen, die nicht gut wiederzugeben sind, so daß diese Leute, die bisher der Organisation nicht angehört, von der Arbeit wegliefen. Nicht nur unter den Arbeiterinnen, sondern auch unter den übrigen Dorfbewohnern wurde durch das unerhörte Auftreten dieses Herrn die Erregung allgemein. Seitens des Verbandes wurden sofort Verjammlungen arrangiert, um zu diesen Zuständen Stellung zu nehmen. In Steinberg war die Verjammlung überfüllt, und unterzog hier der Kollege Kegel die Handlungsweise des Direktors einer scharfen Kritik, wie er auch die allgemeine Lage in der Tabakindustrie näher erörterte. Nunmehr sei es an der Zeit, sagte der Redner, daß die Steinberger Kolleginnen zur Einsicht kämen. Jetzt oder nie! Denn nicht durch untätiges Klagen, sondern nur durch die Macht der Organisation könne man diese elenden Verhältnisse beseitigen. Der Erfolg dieser Verjammlung war denn auch die Aufnahme von 88 Kolleginnen. In einer zweiten Verjammlung wurde wieder eine größere Zahl Kolleginnen aufgenommen, so daß dort über 120 Aufnahmen zu verzeichnen sind. In Hansen hatte es der Herr Direktor ebenso gemacht. Hier war es der Genosse Häuser-Steinberg, welcher den Kolleginnen klar machte, wie man nur durch die Organisation dem rücksichtslosen Auftreten der Unternehmer und ihrer besoldeten Vertreter wirksam entgegenzutreten könne. Auch hier wurden circa 50 Aufnahmen gemacht, denen in einer zweiten Verjammlung, an der Gausleiter Kollege Schnell und Kollege Kegel teilnahmen, noch weitere Aufnahmen folgten, so daß auch in dieser Fabrik jetzt 80 bis 90 Prozent organisiert sind. Weitere Verjammlungen folgen noch. Es ist endlich an der Zeit, daß die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen des Giesener Bezirks begreifen, daß nicht Dulden, sondern Kampf ihre Aufgabe ist. Sie haben jetzt zur Genüge erfahren, daß, je gedulbiger man ist, desto mehr man getreten wird. Es ist aber auch zu hoffen, daß die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Filialen der Firma Kinn & Glos sich an der Entschlossenheit der Steinberger und Hansen Kolleginnen ein Beispiel nehmen und sich ebenfalls dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anschließen. Helfen wir deshalb alle mit, daß auch im Giesener Bezirk die Organisation der Tabakarbeiter zu der Macht gelangt, die es ermöglicht, für die Tabakarbeiterschaft nicht nur bessere Löhne, sondern auch eine menschenwürdige Behandlung zu erringen.

Leipzig. Am 16. August fand hier eine Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Kartellbericht; 3. Der Verbandsrat; 4. Verschiedenes. Nachdem vom Kassierer die von den Revisoren für richtig befundene Abrechnung verlesen war, berichteten die Kollegen Kopka und Jämscher über die zwei letzten Kartellkämpfe; es entspann sich eine längere Debatte über die „Kartellfürsorge“. Das diesjährige Gemeindefest findet Sonntag, dem 31. August, im „Feldschlößchen“ statt; zahlreiche Beteiligungen am Auszug ist Pflicht. Hierauf gab Kollege Kopka die Verordnungen im Unterstützungswesen und die Beschlüsse des Heideberger Verbandstages bekannt. Nach reichlicher Aussprache delegierte man Kollegen Kopka nach Dresden zur Gauskonferenz. Unter Verschiedenem wurde bekanntgegeben, daß die Firma Gühle, welche Ende Mai ihre gesamten Arbeiter auf Straßenpflaster warf und ihren Betrieb nach Schönefeld i. Grageb. verlegte, jetzt wieder durch ihren Obermeister Martin Gühle 15-20 Geheime angeworben sucht. Wenn die Firma bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein reines Gewissen und reelle Absichten hat, so soll sie nur ihren Fabrikbetrieb wieder eröffnen und nicht ihren alten Arbeiterstamm mittels der Hausarbeit ausbeuten. Es wurden noch einige drückende An gelegenheiten erledigt. Die Verjammlung war gut besucht.

## Berichte.

Münzingen. Am 5. August fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Die Tabakarbeiter im Kampfe um eine bessere Existenz.“ Als Referent war Bezirksleiter Kegel aus Gießen anwesend. Redner verstand es, in seinem 1½stündigen Vortrag die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln, indem er folgendes ausführte: Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schuld an dem Elend der Arbeiter, denn auf der einen Seite steht eine kleine Zahl Unternehmer, die in den Millionen schwelgen, auf der andern die Millionen Arbeiter, die im Elend verkommen. Weiter sprach der Redner über die Einführung der Tabaksteuer vom Jahre 1879 bis 1909 und ihre Folgen. Er schilderte dann das Familienleben der Tabakarbeiter und gestellte mit scharfen Worten die Brutalität der Unternehmer den alt gewordenen Arbeitern gegenüber. Auch bezeichnete er es als einen Skandal, daß in unserer Gegend noch Zigarren für 40 % und Wickel für 20 % gemacht werden, und erklärte dann den Anwesenden, daß nur durch eine starke Organisation Abhilfe geschaffen werden kann. In seinem Schlußwort forderte der Redner die Nichtorganisierten auf, dem Verbande beizutreten; die Organisierten ermahnte er, treu zur Fahne zu halten, damit auch ihre Saat Früchte bringe.

Gießen. Daß der Giesener Tabakindustriebezirk einer derjenigen ist, in welchem noch mit die schlechtesten Löhne gezahlt werden, ist eine längst bekannte Tatsache. Trotzdem, und trotz einer seit Jahren intensiven betriebenen Agitation, hält es schwer, diese meist weiblichen Arbeitskräfte der Organisation zuzuführen. Zu den

## Bewegungen im Beruf.

Edingen (Baden). Die Arbeiter der Firma Friedr. Keller forderten eine Lohnerhöhung von 60 % pro Mille und für Einlageripper und Deckmacher 1 resp. 3 % pro Mille. Die Firma bewilligte eine Lohnzulage von 30 % pro Mille. Die Firma Müller & Sprungmann, bei der die Arbeiter Lohnzulagen von 60 und 80 % pro Mille und zubereiteter Decke und Lohnzulagen für Deckblattzurichter gefordert hatten, erhöhte die Löhne um 20 bis 80 % pro Mille bei Lieferung entrippter Decke und die Löhne der Deckblattzurichter um 50 % pro Woche. An der Bewegung waren auch christlich organisierte Mitarbeiter in gleich starker Zahl beteiligt.

Stadtholtenhof und Umg. Der Streik bei den Firmen Alb. Böttner in Stadtholtenhof und B. Kuhlmann, Inh. R. Krause, in Merxhausen, dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Wertheim i. Westf. Der Abwehrstreik bei der Firma Joh. Imlemeyer dauert fort. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Hamburg-Altona. Noch immer herrscht in Hamburg und Umgegend große Arbeitslosigkeit, weshalb vor Zugang streng gewarnt wird.

Berlin. In der Zigarettenfabrik Garbath traten die Kollegen in eine Lohnbewegung ein; sie forderten eine zehnprozentige Lohnzulage auf Rund und mit Mundstück. Die Firma bewilligte eine Lohnzulage von 15 % pro Mille für sämtliche Sorten für Rund und mit Mundstück. Die Lohnzulagen kommen circa 250 Arbeitern zugute.

Karlsruhe. Die Arbeiter der Firma Kiege & Co. traten infolge Verabreichung schlechten Materials, mangelhafter Zurechtung, schlechter Behandlung und sonstiger im Betriebe bestehender Mißstände in eine Lohnbewegung ein und forderten Lieferung besseren Materials oder Aufbesserung der Löhne, bessere Zurechtung und Abstellung der sonstigen im Betriebe bestehenden Mißstände. Die von der Gausleitung eingereichten Forderungen führten zu dem Ergebnis, daß sich die Firma bereit erklärte, solange das schlechte Deckblatt verarbeitet werden muß, den Kollern einen Zuschlag von 20 % und für eine Sorte

**L. COHN & Co.**  
Deutschlands größtes Zigarrenwickelformenlager  
24 Brunnen-Strasse 24

**L. Cohn & Co., Berlin N.**  
Brunnenstrasse 24  
Grösstes und ältestes Fabrikationsgeschäft der Branche  
Deutschlands größtes wickelformenlager  
**Maschinenfabrik**  
**Mechan. Werkstatt**  


**Tabak-Schneide-Maschinen**  
ca. 30 verschiedene Modelle  
von Mk. 130.— bis Mk. 2240.—  
Anerkannt bestes Fabrikat!!!

**Tabakschneidemaschine Fig. 506, komplett Mk. 130.—**



**Zigarrenkandelaber**  
Fig. 988 in Kunstbronze Mk. 26.—



**Formenpressen**  
solidester Bauart  
von Mk. 8.— an



**Einrichtung kompletter Zigarren-Fabriken**  
**Einrichtung kompletter Zigarren-Geschäfte**  
**Prima Arbeitstische**  
Eigenes Fabrikat  
**Schemel Wickelmacher Sitzkasten**  
**Bündelböcke (12 Systeme) Arbeitsmesser Rollbretter**  
Spezialität: Presskästen für Spiegel-Pressung

**Hermeking & Boy**  
Berlin, Brunnenstrasse 183  
Besonders preiswertes Angebot:

**Sumatra-Vollblatt-Decken**  
No. 182. Hochfeine 2. Länge ..... 700  
No. 103. Hochfeine 3. Länge ..... 400  
No. 184. Hochfeine 3. Länge ..... 300  
No. 185. Linksroller, 2. Länge ..... 250  
No. 191. Hochfeine, 2. Länge ..... 550

**Vorstenland- und Java-Decken**  
No. 1126. Kehrdecker, duff, 2. Länge ..... 300  
No. 1147. Kehrdecker, matt, 2. Länge ..... 190  
**Sumatra- und Vorstenland-Umblatt**  
schönes Material ..... 160  
sowie in allen anderen Sorten zu allerbilligsten Tagespreisen

**Otto Brandes, Bremen**  
Westerstraße Nr. 96  
empfiehlt als besonders preiswert: Sumatra-Decken 170, 190, 200, 280, 250, 350, 380, 460, 580  
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 135, 145, 165  
Java-Decken 230, 250, 300, 350  
Java-Umblatt 125, 130, 135, 140, 150, 160  
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115  
Regito-Decken 230  
Brasil-Decken 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250  
Brasil-Einlage 140, 145, 150, 160  
Carmen-Umblatt 105, 110, 115, 140  
Domingo 100, 110, 120  
leaf 115  
Daguer 95, 100, 105, 100  
nur amerikanische gesunde Tabake. Havana 250, 300, 350, 400, 600

Sämtliche Tabake sind kerngesund und wird für tabaklosen Brand garantiert. Versand per Nachnahme. Preise verzollt.

**Robtabak-Handlung**  
**Hengfoss & Maak**  
Altona-Ottensen  
Filiale Berlin N.,  
Brunnenstraße 25. [25]

**Jacob Hirsch jr.**  
Mannheim B 1, 9. [10  
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von 1a. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.

**Druckmaschinen** — aller Art liefert schnell und billig —  
**Schmalzfeldt & Co., Bremen.**



Das sind die Segnungen der neuen Reichsversicherungsordnung, die abgelehnt zu haben das Zentrum und die Konservativen uns zum Vorwurf machen. Sie wissen warum!

## Berichte.

**Dresden.** Versammlungsbericht der Sektion der Zigarettenarbeiter. Die am 18. August tagende Versammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht vom Heidelberger Verbandstag; 2. Delegiertenwahl zur Gaunkonferenz; 3. Allgemeines. Zu Punkt 1 erläuterte Kollege Klein die Verhandlungen und getroffenen Beschlüsse des Heidelberger Verbandstages. Er erklärte, daß es nur auf Grund der vorgenommenen Verhandlungen möglich sei, den Kampfscharakter des Verbandes zu stärken, um so der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Industrie mehr Rechnung zu tragen zu können als bisher. Kollegin Stolz erläuterte dann Punkt für Punkt die neuen Statuten und forderte auf, alles anzuwenden, was sie zur Durchföhrung zu bringen. Kollege Weidrich erklärte, daß sich alle schon in den früheren Versammlungen von der dringenden Notwendigkeit einer Statutenänderung überzeugt haben. Er führt aus, daß nicht höhere Unterstützungseinrichtungen uns über das Geld hinwegheben können, sondern daß nur ein strenges Vorgehen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, gestützt auf einen gesunden Kampfscharakter des Verbandes, unsere Lage verbessern könne. Redner fordert deshalb alle Mitglieder auf, ihre ganze Kraft zur Durchführung des neuen Statuts anzuwenden. In der Debatte spricht die Kollegin Kuerbach die Befürchtung aus, daß auf Grund dieser Neuerungen eine größere Fluktuation eintreten werde, indem die Unterstühtungen zu sehr beschnitten seien. Sie erklärt sich mit dem Wunsch, das Hausarbeitseck weiter ausgebaut werden, einverstanden. Kollege Wenzel wendet sich gegen Kuerbach. Er weist nach, daß zum Teil eine Erhöhung der Unterstützung statgefunden habe. Das Verzicht, zuerst habe man Mitgliederfang betrieben, um nun die Beiträge zu erhöhen, weist Redner energisch zurück und erklärt: Es wäre notwendig gewesen, die Beiträge zu erhöhen, man hätte sich der schlechten Situation in der Zigarettenindustrie, sowie dem Konkurrenzkampf in der Zigarettenindustrie anpassen und fügen müssen. Er führt aus, daß es wohl weit besser sei, wenn wir uns immer auf dem Wege der Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse befinden, als uns durch zeitweise höhere Unterstützung über unser Geld hinwegtäuschen. Darauf wird nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 13. August im Volkshaus stattgefundenen Sektionsversammlungen der Zigarettenarbeiter der Zigarettenfabrik Dresden nimmt den Bericht der Delegierten vom Heidelberger Verbandstag entgegen und erklärt sich mit dem Verhalten der Delegierten, sowie mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß die neuen Beschlüsse geeignet sind, mehr wie bisher für die Lage der Organisationsangehörigen zu wirken und betrachtet es nunmehr als die Aufgabe aller Mitglieder, nach besten Kräften für die Ausbreitung und Festigung der Organisationsarbeit zu sorgen.“ Kollegin Stolz teilt mit, daß am 24. August eine Gaunkonferenz in Dresden stattfindet, zu der die Dresdener Zigarettenarbeiter drei Delegierte zu entsenden haben. Gewünscht werden der Kollege Klein und die Kolleginnen Stolz und Pauls. Im Punkt 3 macht die Kollegin Kuerbach auf die nächsten Krankenkassenwahl aufmerksam und ersucht um rege Beteiligung. Kollege Wenzel fordert auf, sich nicht durch die gegnerischen Parteien verblüffen zu lassen, sondern nur die Hilfe des Gewerkschaftsrates zu wählen. Kollege Klein wünscht Bericht über die letzten Vergütungen; in der nächsten Sektionsversammlung soll dem entprochen werden. Kollege Dörmeyer macht auf die in nächster Zeit stattfindende Funktionärseinführung aufmerksam und ersucht die Kollegen, sich darauf einzurichten. Kollegin Stolz schließt die Versammlung mit dem Appell an alle Anwesenden, mit allen Kräften für die Durchführung des neuen Statuts zu sorgen und so den Verband auf die Höhe zu bringen, auf der er im Interesse der Allgemeinheit stehen müsse. In bemerkten ist noch, daß, wenn die Mitglieder mit den Einrichtungen des Verbandes nicht zufrieden sind und ganz ungerechte Kritik üben, sie mehr Interesse für den Verband zeigen sollten. Auch die heutige Versammlung war sehr schwach besucht. In nächster Sitzung werden wir wieder zusehen, daß mit der Kritik hinter dem Rücken nichts geübt werden kann, sondern nur tatkräftige Mitarbeit aller Mitglieder kann nützen, wozu vor allem ein reger Versammlungsbesuch gehört.

**Frankfurt.** Mitgliederberatung vom 14. August. Die Versammlung ehrte den verstorbenen Genossen Bebel in der üblichen Weise. Schmerzlich berührt hat uns der plötzliche Tod des allseitig anerkannten Vorkämpfers. Dann nahm die Versammlung den Bericht vom Verbandstag entgegen. Hatten die Mitglieder schon in bezug auf das Unterstützungswesen wenig Hoffnung auf den Verbandstag gesetzt, so waren sie dennoch bitter enttäuscht über die Beschlüsse, die eine enorme Verschärfung der Unterstützungslage bedeuten. So sehr der Kampfscharakter unsern Verband beherzigen sollte, so lasse sich doch eine derartige Verschärfung der Unterstützung nicht rechtfertigen. Als die Versammlung jedoch vernahm, wie die Unterstühtungen von einem Teil der Mitglieder in bisher ungekannter Weise in Anspruch genommen worden seien und daß die alten Sätze keineswegs aufrecht erhalten werden konnten, wenn mit dem Vermögen des Verbandes nicht weiter umgegangen werden solle, dämpfte sich die Erregung wieder. Es kam zur Geltung, daß man die Umgestaltung des Unterstützungswesens begreifen und die Notwendigkeit erkennen werde. Für unsere Bewegungen werde die Reorganisation von nicht zu unterschätzender Tragweite sein. Die Versammlung zeigte Verständnis dafür, daß es mit den Unterstützungslagen, wie sie der Hamburger Verbandstag beschlossen, nicht so weiter gehen konnte, sondern daß es Aufgabe war, die Machtverhältnisse unseres Verbandes zu auszubauen, daß wir uns anderen Kampfsorganismen ebenbürtig an die Seite stellen konnten. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, sind auch die hiesigen Zigarettenarbeiter bestrebt, im Sinne der Heidelberger Beschlüsse zu wirken. Unser Verband hat die vornehmste Pflicht, als Kampfsorganismen jederzeit gewappnet zu sein und für den Aufstieg seiner Mitglieder eifrig zu wirken. Deshalb dürfen wir nicht erlahmen, vor allem nicht in der Agitation, damit das Geschaffene reiche Früchte trägt. Bei Punkt 3 Gaunkonferenz entschied sich die Versammlung für nur einen Delegierten und wurde ein Kollege aus der Ortsverwaltung gewählt. Aus dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß die gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen sich gemäß Beschluß vom Juli d. J. mit den bestehenden Grenzvereinigungen zu beschäftigen hatten. Es wurde ein Beschluß dahingehend gefaßt, daß Organisierte, falls sie nicht in dem Verufe tätig sind, in welchem sie organisiert sind, sich innerhalb eines Vierteljahres der Organisation des Berufs, in welchem sie beschäftigt sind, anzuschließen haben. Die Verwaltungsbeamten erhalten Karten, mit deren Hilfe sie dann die Uebertragung zu vermitteln haben. Unter Verschiedenem wurde bedauert, daß gerade die Mitglieder aus jenen Betrieben, mit denen Kartellverträge bestehen, in der Versammlung schlecht vertreten waren. Es kam zum Ausdruck, daß es überhaupt notwendig sei, die Mitgliederberatungen allgemein besser zu besuchen, als es gegenwärtig der Fall ist. Schon die demnächst stattfindenden Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse erfordern einen lebhaften Versammlungsbesuch. Auch unsere weiblichen Mitglieder müssen sich zahlreicher an den Versammlungen beteiligen. Also: das nächste Mal zahlreicher erscheinen! Einem durch Krankheit behrängten Kollegen wurde noch ein Betrag aus der Kasse gewährt.

**Frankfurt.** Die am 12. August stattgefundenen Mitgliederberatung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag in Heidelberg; 2. Gaunkonferenz in Dresden und Wahl zweier Delegierten; 3. Verschiedenes. Den Bericht vom Verbandstage erstattete Kollege Gerloff in folgender Weise: Jeder Kollege, der etwas Einsicht befaßt, wird sich wohl klar darüber gemacht sein, daß auf dem Verbandstage etwas geschaffen werden mußte, was uns ermöglichte, unsern Verband das werden zu lassen, was er sein soll: eine Kampforganisation. In diesem Sinne ist auch gewirkt worden, so daß unser neues Statut wesentlich anders aussieht, als das bisherige, da nach demselben unser Verband in Zukunft nur noch aus drei Klassen besteht: die drei oberen also ge-

trichen sind, da diese sich nicht als erklungsfähig erwiesen haben. Redner will ausgeben, daß es für einen großen Teil Kollegen eine Härte ist, wo aber die Allgemeinheit in Betracht komme, könne keine Rücksicht geübt werden. In längeren Ausführungen bespricht Redner die gestellten Anträge und ihre Erledigung; ferner spricht er über die Dauer und Höhe der Erwerbslosenunterstützung, wie sie nach dem neuen Statut vom 1. Oktober berechnet wird; desgleichen über die Umzugsunterstützung. Bekannt gegeben wurde noch das Abstimmungsresultat über die Vorlage und die Zusammenfassung des Vorstandes. In der nun eintretenden Diskussion sprach der Kollege G. Lehmann im Sinne des Vordrömers, nur ist er der Meinung, daß es besser gewesen wäre, gleich ganze Arbeit zu machen, indem man nur zwei Klassen bestehen läßt; im übrigen hofft er, daß sich der Verband im Interesse des Kampfes weiterentwickeln möge. In Punkt 2 verliest der Vorsitzende das Schreiben des Gauleiters, welches Bezug nimmt auf die Gaunkonferenz und gibt die nötigen Erklärungen hierzu. Es wird von den Zigarettenarbeitern der Kollege Gerloff, von den Sortierern Kollege Behrend zur Konferenz entsandt. Ein vom Kollegen Feiler zur Konferenz gestellter Antrag, der besagt, daß als Arbeitsnachweiseiter ein Kollege zu fungieren hat, der der Verwaltung nicht angehört, von dieser aber von Zeit zu Zeit zu kontrollieren ist, wird gegen drei Stimmen angenommen. Unter Verschiedenem wird der Kartellbericht vom Kollegen Behrend erstattet und von den Kollegen Lehmann und Fischer ergänzt. Von Wichtigkeit war die Ausführung über die Ausgestaltung der „Vollfürsorge“, wie sie für Frankfurt geplant ist. Als Vertrauensmann für die „Vollfürsorge“ wird Kollege Blohm gewählt. Mit dem Wunsch, daß in Zukunft der Versammlungsbesuch besser sein möge, als er bei der heutigen wichtigen Tagesordnung war, schloß der erste Vorsitzende die Versammlung.

**Köln.** Die Kölner Firma Heinrich Du Mont bemüht sich frampfhaft, von Elbing Arbeiterkräfte heranzuladen und verspricht dauernde Arbeit bei hohen Löhnen. Sogar das Fahrgehalt wird vorgeschlagen. Wir warnen die Elbinger Kolleginnen, den Verlockungen zu folgen! Man will sie gebrauchen zum Lohnbrud. Im Anfang gibt man bessere Arbeit, stud aber genügende Arbeitskräfte vorhanden, so tritt das Gegenteil ein. Seitdem die männlichen Arbeiter entlassen wurden, sind die Löhne per Mille um 1 bis 3 A gekürzt worden, weil die Arbeiterinnen unserem Rufe, sich zu organisieren, nicht gefolgt waren. Wie rücksichtslos die Arbeiterinnen behandelt werden, zeigt folgender Vorfall, welcher sich im Laufe dieser Woche zugezogen hat. Eine langjährig beschäftigte Arbeiterin, welche sich ein schweres Lungenleiden zugezogen, deshalb eine Lungenheilstätte aufsuchen muß, bekommt ihre Invalidenrente nach Hause geschickt. Sie wird also, nachdem sie ihre Gesundheit geopfert hat, rücksichtslos auf die Straße geworfen. Wir wollen vorläufig dahingestellt sein lassen, ob die Firma von diesen Vorgängen Kenntnis hat. Einige Angehörige können es nicht begreifen, daß eine größere Anzahl der Arbeiterinnen sich unserem Verbande angeschlossen hat. Sie haben eingesehen, daß ohne Organisation die Verhältnisse immer schlechter wurden. Von sehr wenig Tatgefühl zeigen die Neuerungen des Meisters, wie Lumpenpad, ich schreie auch an die Wand uhn. Bei einer solchen Verhandlung muß auch mal der einfältigen Arbeiterin die Galle überlaufen. Man möge den Vogen nicht zu tramm spannen, denn die Kölner Arbeiterchaft als Konsument wird der Firma begreiflich machen können, daß man heute nicht mehr berechnete Ansprüche der Arbeiter ungetraut ignorieren kann. Den Arbeitern und Arbeiterinnen im Betriche rufen wir zu: Kasset fest zusammen zur Organisation, dann wird eine bessere Zeit kommen!

**Kollegen, agitiert für den Verband!**

**Gau Hamburg.** Nachdem den Ortsverwaltungen durch Zirkular Mitteilung über die Abhaltung von Gaunkonferenzen zugegangen sind, möchte ich bekannt, daß die Konferenz des Hamburger Bezirks am Sonntag, den 31. August, nachmittags präzise 1½ Uhr, im Hamburger Gewerkschaftshaus, Felsenbühlhof, und die des Bremer Bezirks am 7. September, nachmittags 11 Uhr, im Bremer Gewerkschaftshaus, Felsenbühlhof, stattfinden. Rudolf Gadelberg.

**Gau Braunschweig.** Sonntag, den 31. August, nachmittags 10 Uhr, in Goslar, Lokal: Alte Minge, Mingestraße. Tagesordnung: 1. Die neuen Verbandseinzichtungen. Referent: Verbandssekretär F. S. u. s. u. Bremen; 2. Die Lohnverhältnisse im Gau und unsere fernere Agitation. Referent: Gauleiter B. o. r. a. g. Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Namen der gewählten Delegierten vorher beim Gauleiter einzulenden. Die Gauleitung: B. o. r. a. g.

**Gau Heidelberg.** Sonntag, den 31. August, nachmittags 10 Uhr, in Mannheim, im Gewerkschaftshaus F. 5. Gaunkonferenz. Tagesordnung: 1. Unser neues Statut. Referent: Verbandssekretär Ziedermann-Bremen; 2. Die fernere Agitation. Referent: Gauleiter Stod-Heidelberg. Alle Zählstellen müssen betreten sein und wählen Zählstellen bis 250 Mitglieder einen und darüber zwei Delegierte. Die Gauleitung: Stod.

**Gau Karlsruhe.** Sonntag, den 31. August, nachmittags präzise 10 Uhr, in Heilbronn a. N., im Restaurant „Zur Wilhelmshöhe“, Wilhelmstraße 2. Gaunkonferenz. Tagesordnung: 1. Die Reorganisation unseres Verbandes. Referent: Verbandssekretär Kienbock-Bremen; 2. Organisation und fernere Gestaltung der Agitation. Referent: Gauleiter Ab. Feising-Karlsruhe. NB. Sämtliche Zählstellen im Gau müssen durch einen Delegierten vertreten sein; außerdem ist ein Mitglied der Sektion der Zigarettenarbeiter in Stuttgart zu delegieren.

**Gau Erfurt.** Sonntag, den 31. August, nachmittags 11 Uhr, findet in Gera (Neuh) im Lokal des Herrn Zippel, Wiesenstraße 39, eine Gaunkonferenz statt. Tagesordnung: 1. Die Beschlüsse der Generalversammlung in Heidelberg. Referent: Verbandssekretär Otto Wenzel.

**2. Agitation und Organisation. Referent Gauleiter Dom. Wiesen-Erfurt.** Alle Zählstellen müssen vertreten sein, und wählen Zählstellen bis 250 Mitglieder einen und darüber zwei Delegierte. Die Gauleitung: Wiesen

**Gaukonferenz in Dresden.** Den Delegierten zur Gaunkonferenz für den 11. Gau zur Kenntnis, daß die Verhandlungen Sonntag, den 24. August, vormittags 1½ Uhr, im Volkshaus, Ritzbergstraße 2, beginnen.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung werden referieren: Kollege Joh. Krohn (Bremen) über: Das neue Statut; Kollege Otto Wenzel (Dresden) über: Unsere ferneren Aufgaben und Kollege Joh. Dörmeyer (Dresden) über: Unser Arbeitsnachweise. Das Volkshaus befindet sich in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Wettinerstraße. Vom Bahnhof Dresden-Neustadt und vom Hauptbahnhof kann die Straßenbahnlinie 26, bis C. d. M. a. g. Straße, benutzt werden. Jeder Delegierte hat sein Mandat und sein Mitgliedsbuch zur Konferenz mitzubringen. Mitglieder, welche der Konferenz als Gäste beizumohnen wollen, haben ebenfalls ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Dresden. Otto Wenzel, Gauleiter.

**Verbandsteil.** **Deutscher Tabakarbeiter-Verband.** Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Felsenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Felsenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Versendungen nur an W. Nieder-Wesland, Bremen, Felsenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankanstalt der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Vollständiger Nr. 6349 beim Postamt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Felsenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Nienbock, Bremen, Felsenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Ausichuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Sitten, Altona-Düppel, Felsenstraße 46 I, zu adressieren.

**Bekanntmachungen.** Als verloren wurde gemeldet: Braunschweig: Das Mitgliedsbuch S. II, Nr. 07167, lautend auf Frau Barbara Janzen aus Vol-der, ausges. am 24. 5. 1902, Nr. 3. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand zu senden. Der Vorstand.

**Adressenänderungen der Gauleiter.** Gau Köln: Der Gauleiter Ludwig Klein wohnt vom 1. September an: Köln, Heinrichstraße 27, III. Abrechnungen vom 2. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 12. bis 18. August 1902: 1. Gau Hamburg: Albin, Bremerhaven. 5. Gau Köln: Kreuznach. 11. Gau Dresden: Eiban.

**Vom Vorstande sind ernannt:** Birnbäum: Herm. Engel als 1. Bev., Rath als 2. Bruno Kasperowial als 3. Bev.; Wilh. Walter, Vincent Ceglaret und Gertrud Splonka als Revisoren. Großenhain: Wilhelm Bahr als 1. Bev., Kunze als 2., Wilh. Krebs als 3. Bev.; Otto Feinwig, Emil Buchholz als Rev. Heidenheim: Friedr. Reiß als 1. Bev. Dahme: P. Müller als 2. Bev.

**Adressenänderungen.** Birnbäum (12): Herm. Engels, 1. Bev., Wierstr. 8. Ludwig Rath, 2. Bev., Kaiserplatz 7. Jüssenhausen (9): Die 2. Bev. Rosa Johu wohnt Vorderbergstraße 8 II. Deitzsch (11): Der 1. Bev. Gutt. Neunert wohnt Körnerstr. 6. Elking (12): Die 1. Bev. Frau Emma Speidewitz wohnt Angerstraße 97. Großenhain (11): Der 1. Bev. Wilh. Bahr wohnt Meißnerstr. 34. Süßheimern (4): Der 1. Bev. G. Voelckner wohnt Hartum Nr. 138 (bei Minden). Bremerhaven (1): Der 1. Bev. F. Fiegen wohnt Gravenstr. 58 a, III. Heidenheim (9): Der 1. Bev. Fried. Reiß wohnt in Mergelsteden bei Heidenheim a. Westph. Dahme i. d. Mark (13): Der 2. Bev. Paul Müller wohnt Jüterbogstraße 2. Köln a. Rh.: Der 1. Bev. Ludwig Klein wohnt ab 1. September Heinrichstr. 27 III.

**Mitglieder-Versammlungen.** Steigt den gewohnheitsmäßigen Versammlungswandern, wo ihr sie trifft, aus! Daß und sagt ihnen, was sie zu tun haben! Sonabend, den 23. August: Pabsthausen: Ab. 9, bei Wehmeyer. T.-D. wird dort bef. gegeb. Karlsruhe: Ab. 1/2, Schwarzwälder Hof. T.-D. wird dort bekannt gemacht. Salsberg: Ab. 8½, bei H. Rasse, Horst. T.-D.: Wahl zur Gaunkonferenz; Wahl zur Gewerkschaftskonferenz in Gersford. Sonntag, den 24. August: Peterswaldbau: Nachm. 3½, bei Schreyer. T.-D.: Wahl zur Gaunkonferenz. Regesfeld: Nachm. 4, Sedanplatz 7. T.-D.: Bericht des Gauleiters Gadelberg vom Verbandstag. Montag, den 25. August: Braunschweig: Ab. 8½, Stadt Lüneburg. T.-D.: Bericht vom Verbandstag; Wahl zur Gaunkonferenz; Verschiedenes. Sonabend, den 30. August: Strafe: Ab. 8, bei Heimbecker. T.-D.: Bericht des Kollegen Andere vom Verbandstag. Eilenburg: Ab. 8, Goldne Säge. T.-D.: Bericht vom Verbandstag; Bericht von der Gaunkonferenz; Verschiedenes. Gauleiter Wenzel wird anwesend sein. Blothe: Ab. 8½, bei Teigeler. T.-D.: Die Beschlüsse des Verbandstages; Referent Kollege Stahlmeier; Bericht von der Gaunkonferenz. Referent Kollegen Waltermann und Schomburg; Verschiedenes. Sonntag, den 31. August: Geringhausen: Nachm. 2½, bei Bahl. T.-D. wird dort bef. gegeb.

**Gestorben:** Am 10. August zu Dahme Paul Norrens aus Dahme, (?) Jahre alt. Ehre seinem Andenken!



H

Aus meinen 3 Partien  
- 1271 Ballen - Bezoeki

F

Loros/AB, Loros/NT, Loros/SA

(In den Einschreibungen vom 19. 3. und 24. 4. direkt gekauft)

offerierte ich noch freibleibend

blattige Einlagen und Aufarbeiter zu 38 Pfg. bis 61 Pfg.

unverzollt per 1/2 kg bei Mindestkauf von ganzen Ballen à ca. 100 kg.

Die Loros sind reifbraune, trockene, kernige Qualitätstabake, ganz leicht auf der Hand, mit unbedingt sicherem Blattbrand. Da feine Bezoekitabake seit Jahren nicht so billig zu kaufen waren, empfehle ich baldigst Muster einzufordern.

Gebrauchte  
Wickelformen  
Riesenauswahl!  
Billige Preise!

# Heinrich Franck

Berlin N. 54  
:: Brunnen-  
Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtwall 36 Fernsprecher 3949  
empfehlen in besonderer Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Rollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 A  
Sumatra-Umblatt, Rollblatt, 155, 180 A  
Java-Decker buntel 220 A, hell 260, 280, 300, 320 A  
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 A  
Java-Einlage 95 A, mit Umbl. 110, 120, 130 A  
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 A  
Brasil-Decker 175, 200, 210 A  
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 A

Wickelformen (neu und gebraucht in allen Fassungen von 50-150 A) Schiffschen-Abdrücke verleihe gratis und franco. Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders leicht gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Fraganten, allerfeinste Ware, größte Reichhaltigkeit, per Pfd. 250 A. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 A, Bastbündelband, grau und lachsfarbig, pro 100 Meter-Rolle 150 A. [9 Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.]

## H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482  
- anerkannt reelle, billige -  
Begründer der feinsten Tabake

Sumatra-Decker (schneeweiss Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 A  
Sumatra-Umblatt (Rollblatt) 140, 150, 160, 170 A, Stückblatt 120, 140, 150 A  
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 320 A, (mittel) 200, 230, 240, 250 A  
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A  
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 A  
Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350 A  
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 A  
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 A  
Geschüttelte Einlage 110 A  
Carmen-Tabak 105, 110, 120, 132, allerfeinstes Umblatt 140 A  
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 A  
Seedleaf 110, 120 A  
Losgut (blau) 95, 100 A  
Original-Wicklung 105, 110, 130 A  
Havana 150, 200, 250, 300, 400 A  
Decker 650 A  
Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 A

### Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker, 3 Längen Rollblatt, mittelhell, 180 A  
Sumatra-Decker, 2 Längen Rollblatt, mittelhell, 230 A  
Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450 A  
Vorstenland-Decker, hell, 230 und 260 A  
Java-Umblatt, Bezoeki, 140 A  
Java-Einlage 85 A  
Felix-Decker PP, Cruz das Almas, 200 und 220 A  
Felix-Einlage, gestrichelte Blätter, 140 A  
Domingo FF, großes farbiges Blatt, 125 A  
Domingo F, Umblatt, 105 A  
Domingo A, blattiger Aufarbeiter, 95 und 100 A  
Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 185 A  
Carmen-Umblatt, la. Ware, 120 A  
Carmen-Aufarbeiter, 110 A  
Carmen-Einlage, 100 A  
Havana-Vuelta, Einlage mit Aufleger, 200 A  
Havana-Einlage, saure Snellen in Rollen 160 A  
Mexiko-Decker, tabelloser Brand, 230 A  
Losgut, rein amerikanisch, beste Ware, 25 A  
Preise pro 1/2 kg verzollt inkl. Wertzoll.  
Versand nur gegen Nachnahme.

P. Zimmer, Bremen  
Bulldogstrasse

## Wägener & Co., Bremen

Georgstrasse Nr. 12  
empfehlen aus der grossen Auswahl ihrer Rohtabake als besonders preiswert und gut:

Sumatra-Decker, Rollblatt, 2er, hellbraun M. 1.60  
2er, hellmattbraun M. 2.20  
1er, hellmatt, leuchtend M. 3.20  
1er, hellmatt M. 3.80  
1er, mattschwarz M. 4.50  
2er, mattschwarz, Sambl. M. 7.50  
2er, mattschwarz, Sambl. M. 10.—  
1. Länge Borneo-Decker, hochfein M. 4.—, 5.—  
Vorstenland-Decker M. 1.70  
2.—, 2.10, 2.40, 2.80  
Sumatra-Umblatt  
3er, leicht und reif, M. 1.50  
4er, leichtes rundes Blatt, M. 1.25

Versand nur gegen Nachnahme. Preisliste auf Wunsch.

### Günstiges Angebot für Zigarrenarbeiter!

Wohnhaus mit Garten i. H. 422 qm 6% verzinsl., worin i. 27 Zfr.

## Zigarrenfabrikation

mit Zigarren- und Zigarettenhandel betrieben wird, ist für 14 800 M. bei 2000 M. Anzahlung altersthalber sofort zu verkaufen. Offerten unter H. 800 an Rudolf Mosse, Bremen, erbeten.

## W. Hermann Müller

= Berlin, Magazinstrasse 14 =

Neu eingetroffen:

1912er Holländer Erdgut No. 7419

sehr leichtblättriges, gut brennendes Umblatt, enorm ausgiebig, M. 1.30 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869

2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt

Bestellen Sie Muster!

### Offerierte div. hundert Zentner

### gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 A, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Fracht  
Zufuhrung. Günstige Mischung zu 5 A Zigarren. Zu Preisliste gratis  
und franco. Betreffend nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.  
Heltliches Rohtabak-Vertriebsgeschäft der Provinz. Begr. 1886.

## F. Reil

Bremen

empfehlen sämtliche Tabake zu

anerkannt billigen Preisen:

Sumatra-Decker (schneeweiss Brand) 180, 200, 220, 250, 280, 300-450 A, Stückblatt, hell, 200, 250 A, -Umblatt (Rollblatt) 145, 150, 160, 170 A, Stückblatt 130, 140 A. Vorstenland-Decker 170-400 A. Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 115, 120, 125, 130, 140, 145, 150-180 A, -Einlage 95, 100, 105, 110, 115 A. Brasil-Decker 225 A, -Einlage und -Umblatt 130, 135, 140, 150, 160 A. Mexiko-Decker 280 A. Java-Cuba 160, 170 A. Domingo (leicht) 100, 105, 110, 115, 120 A. Carmen 100, 105, 110-130 A, feinstes Umblatt 140, 145 A. Losgut (blattig) 95, 100, 110, 120 A.

## Carl Roland, Berlin SO.

Rohtabakfabrikation

Sumatra-Stückblatt

große 2. Blattlänge, sehr viel feste  
Farben enthaltend, blütenweißer  
Brand, vortrefflich bedend, pro  
Pfund nur M. 2.—

## Hamburger Rohtabaklager

Inh. John Levie, Seesen a. H.

Engros ab Hamburg, Telefon 67

Detail ab Seesen a. H.

Erfüllungsort für Engros und

Detail: Seesen a. H.

Vorstenland-Decker No. 509,

1. Länge seidenzartes Blatt, sehr

ergiebig, hellbraune Farben,

blütenweißer Brand 225 A.

Sumatra-Decker No. 34, schönes,

zartes und ergiebiges Blatt und

gute Qualität 240 A. Ferner:

Sumatra-Tabake der Zigarren-

fabrikation in grosser Auswahl.

Ich garantiere für nur gut

schmeckende u. gut brennende

Tabake. Vorstenland-Um-

blatt, 1. Länge Stückblatt, viel

Decke enthaltend 150 A.

## Borrmann & Spedit

Rohtabak • Bremen

empfehlen in hervorragenden Quali-

täten und sehr preiswert:

Sumatra-Decker, 2. Länge Roll-

blatt, mittelfarbig und von großer

Deckkraft, Pfd. 2.45 M., hellfarbig

und leicht, sehr fein, Pfd. 2.80 M.

Vorstenland-Decker, hellfarbig, sehr

leicht, Pfd. 2.90 u. 3.15 M.

Felix-Decker, das Feinste in Brand

u. Aroma, Pfd. 2.60 u. 2.95 M.

His Erlaß für Brasil-Decker aller-

feinsten dunklen Vorstenland-Decke

größte Deckkraft, Pfd. 1.90, 2.10 M.

Carmen-Umblatt la. la., das Beste,

was es hierin gibt, großes, volles,

zartes Blatt, Pfd. 1.60 M.

Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen,

Pfd. 1.45 M.

Domingo-Umblatt und -Einlage,

trocken und leicht, Pfd. 1.15 M.

Java-Umblatt, beste Qualität, großes

volles Blatt, Pfd. 1.40 M.

Java-Einlage, sehr blattig u. fein-

schmeckend, Pfd. 1.15, 1.25 M.

Havana-Vuelta Pfd. 3.10, 3.75 M.

Yara-Cuba (sauer) Pfd. 2.50, 2.70, 2.90

Brasil-Umblatt und -Einlage, sehr

fein im Geschmack, Pfd. 1.60 M.

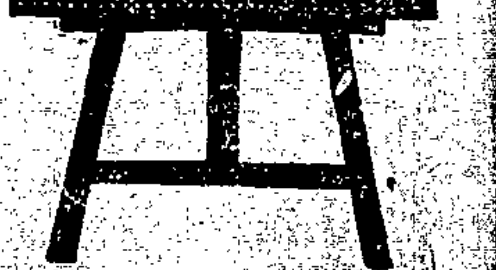
Losgut 95 A, 1 M., Original-

Mischung 1.10, 1.15, 1.20 M.

Die Preise verstehen sich per Pfund

verzollt, einschliesslich Wertzoll.

Versand nur gegen Nachnahme.



Holländer, erstklassiger Rohtabak  
seit vielen Jahren in Mexiko, hat  
die Absicht, eine Geschäftsreise zu  
machen nach Kuba, Portoriko,  
Santo Domingo und empfiehlt sich  
als Einführer von Tabak.  
Offerten erbeten an  
G. Uhl, Vohwinkel (Westf.).